

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2011

Bericht der Landesregierung

gemäß § 20 a Abs. 2 Landeshaushaltsordnung
i. V. m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
über Stand und Ergebnisse der Anwendung des § 6 Absätze 1 bis 3
und den allgemeinen Entwicklungsstand der Instrumente nach § 6 Absatz 5
(Teil A)

gemäß § 7 b Abs. 4 Landeshaushaltsordnung
über die Erfüllung der Leistungsaufträge
(Teil B)

sowie

gemäß Beschluss des Landtags vom 18. März 2004,
vgl. Nr. IV der Landtagsdrucksache 14/2890
über den Projektfortschritt der KLR
(Teil C)

sowie

gemäß Haushaltsvermerk bei Kapitel 09 13
über den Stand und die Verwendung der
Selbstbewirtschaftungsmittel der Hochschulen
(Teil D)

zum 31. Dezember 2011

Dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 9. Mai 2012 übersandt.
Federführend ist der Minister der Finanzen.

A.	Bericht über die Ausgabenbudgets	4
I.	Entwicklungen im Personalbereich	4
1.	Ausgabenquote und Ausgabenprognose (Anlage 1)	4
2.	Zahlfallentwicklung (Anlage 2).....	4
II.	Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben (Anlage 3)	4
III.	Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen (Anlage 4)	4
IV.	Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben (Anlage 5).....	4
V.	Ressortbeiträge (Anlage 6).....	5
B.	Bericht über die Leistungsaufträge	6
I.	Entwicklung der Leistungsaufträge.....	6
II.	Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen	7
1.	Leistungsauftrag in der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 7)	7
2.	Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung (Anlage 8)	7
3.	Leistungsauftrag der Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Anlage 9)	7
4.	Leistungsauftrag im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung (Anlage 10)	8
5.	Leistungsauftrag im Bereich Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Anlage 11).....	8
6.	Leistungsauftrag im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 12)	9
7.	Leistungsauftrag beim Landesamt für Geologie und Bergbau - LGB (Anlage 13).....	9
8.	Leistungsaufträge bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (Anlage 14 bis 19)	9
9.	Leistungsauftrag beim Projekt Erweiterte Selbständigkeit von Schulen (PES) – Vertretung von Unterricht (Anlage 20).....	9
10.	Leistungsauftrag bei der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbständigkeit von Schulen (AQS) (Anlage 21)	10
11.	Leistungsauftrag Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 22).....	10
III.	Detailentwicklung	10
C.	Bericht über den Projektfortschritt der KLR	11
I.	Landesweite Entwicklung.....	11
1.	Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software	11
2.	Weitere Entwicklung (Anlage 23)	12
II.	Länderübergreifende Entwicklung	12
D.	Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel.....	14
I.	Berichtsgrundlage	14
II.	Entwicklung der Selbstbewirtschaftungsmittel (Anlage 24 und 25).....	14
III.	Anmerkungen.....	15

IV. Geplante Ausgaben im Haushaltsjahr 201215

A. Bericht über die Ausgabenbudgets

I. Entwicklungen im Personalbereich

1. Ausgabenquote und Ausgabenprognose (Anlage 1)

Über die Einzelpläne 01 bis 20 hinweg wurden rd. 51,1 Mio. € Minderausgaben erzielt. Die Reste betragen zu Beginn des Haushaltsjahres rd. 55,2 Mio. €, so dass das Ergebnis per Saldo rd. 4,1 Mio. € über dem Soll 2011 liegt.

2. Zahlfallentwicklung (Anlage 2)

Im Jahresverlauf sanken die Zahlfälle (unter Berichtigung der Altersteilzeit) um rd. 120 Vollzeitäquivalente. Während den meisten Einzelplänen ein Zahlfallabbau gelang, stiegen die Zahlfälle im Bereich der Landesvertretung (+4,4) und im EPl. 09 (Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur) (+38,4) an.

Der erstmals aufgeführte Einzelplan 07 (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen) weist 25,8 Zahlfälle auf.

II. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben¹ (Anlage 3)

Alle Ressorts haben das vorgegebene Ausgabenbudget einhalten können. Insgesamt wurden im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben¹ Minderausgaben von rd. 95,2 Mio. € erzielt. Bei rd. 86,1 Mio. € Ausgaberesten bedeutet dies, dass die Ressorts rd. 9,1 Mio. € Minderausgaben gegenüber dem Soll 2011 getätigt haben.

III. Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen² (Anlage 4)

Im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen² gab es Minderausgaben i.H.v. rd. 76,2 Mio. €. Per Saldo konnten die Ausgabereste insgesamt um rd. 4,8 Mio. € erhöht werden.

IV. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben³ (Anlage 5)

Bei den sächlichen Investitionsausgaben³ beliefen sich die Minderausgaben auf rd. 47,5 Mio. €. Dem gegenüber stehen Ausgabereste von rd. 45,0 Mio. €, so dass sich netto die Ausgabereste um rd. 2,5 Mio. € erhöhten.

¹ d.h. Ausgaben der OGr. 51 bis 54 ohne die Gruppen 529 und 531 und im Epl. 05 ohne Gruppe 532

² d.h. Ausgaben der HGr 7

³ d.h. Ausgaben der OGr. 81 und 82

Wie in den Vorberichten werden zwei Titel der Obergruppe 81 im Einzelplan 20, Kapitel 20 25 (Zukunftsinvestitionen Rheinland-Pfalz) nicht in den budgetierten Bereich einbezogen, da sie dem Konjunkturpaket II zuzurechnen sind.

V. Ressortbeiträge (Anlage 6)

Detailinformationen zum Ausgabenstand und zur Ausgabenprognose können den in der Anlage 6 zusammengestellten Ressortbeiträgen entnommen werden.

B. Bericht über die Leistungsaufträge

I. Entwicklung der Leistungsaufträge

Im Haushalt 2011 sind insgesamt 16 Leistungsaufträge gem. § 7b LHO in folgenden Bereichen ausgebracht:

- Vermessungs- und Katasterverwaltung (Kap. 03 22),
- Steuerverwaltung (Kap. 04 04),
- Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Kap. 05 04),
- arbeitsmarktpolitische Förderung (Kap. 06 02 und Kap. 06 12),
- Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Kap. 06 02 [nunmehr Epl. 07]),
- Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung (Kap. 06 02),
- Landesamt für Geologie und Bergbau (Kap. 08 03),
- Dienstleistungszentren Ländlicher Raum - DLR [nunmehr Epl. 14]
 - Westerwald-Osteifel (Kap. 08 51),
 - Eifel (Kap. 08 52),
 - Rheinpfalz (Kap. 08 53),
 - Mosel (Kap. 08 54),
 - Rheinhessen-Nahe-Hunsrück (Kap. 08 55),
 - Westpfalz (Kap. 08 56),
- Projekt Erweiterte Selbständigkeit an Schulen - PES (Kap. 09 19),
- Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation u. Selbständigkeit von Schulen - AQS - (Kap. 09 82) und
- Landesforsten (Kap. 14 10).

Summarisch betrachtet konnten die im Rahmen der Leistungsaufträge normierten Ziele weitgehend erreicht werden. Die vorgegebenen Leistungsparameter wurden meistens erreicht, in Einzelfällen sogar überschritten.

Vor dem künftigen Abschluss eines Leistungsauftrages müssen konkrete und nachprüfbar Leistungsziele für den anstehenden Zeitraum gesetzt werden. Dabei muss es zentrales Anliegen sein, die Leistungsaufträge so zu gestalten, dass die politischen Ziele hinreichend wiedergespiegelt werden und sie durch die Landesregierung und das Parlament gesteuert werden können.

II. Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen

1. Leistungsauftrag in der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 7)

Das Ziel, im Bereich „Strukturierte Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters“ die rd. 3.000 landesweiten Gemarkungen bis Ende 2023 zu untersuchen und zu bereinigen, kann nach der nunmehr dreijährigen Erfahrung nicht eingehalten werden und wurde auf 1.055 Gemarkungen herabgesetzt. Dies liegt insbesondere an den immer noch nicht vollständig verfügbaren Funktionen des ALKIS-Systems.

Im Bereich des „Aufbau eines digitalen Oberflächenmodells für Rheinland-Pfalz“ ist der Planwert zum 31.12.2011 i.H.v. 6.000 km² (jährlich 2.000 km²) mit 9.255 km² weit übererfüllt. Daher sinkt die erforderliche jährliche Leistung auf 1.750 km².

Der Ausbau der Geodateninfrastruktur Rheinland-Pfalz kam ins Stocken, da die verschiedenen Geodaten verarbeitenden Stellen aus finanziellen, personellen oder strategischen Gründen nicht die Möglichkeit zur Bereitstellung ihrer Geodaten als Kartendienste im GeoPortal.rlp nutzen.

2. Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung (Anlage 8)

Der Leistungsauftrag hat zum überwiegenden Teil seine Planwerte erfüllt oder übererfüllt. Lediglich die Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Fälle unter 100 € im Bereich der Arbeitnehmerstelle liegt deutlicher unter ihrem Planwert. Im Bereich der Veranlagungsstelle (ohne Körperschaften) sieht dies jedoch genau umgekehrt aus. Für das Jahr 2014 werden zwischen dem Bund (BMF) und den Ländern (Landesfinanzministerien) Zielvereinbarungen nach Maßgabe des § 21a Finanzverwaltungsgesetz (FVG) getroffen, die sich auf den Leistungsauftrag auswirken werden.

3. Leistungsauftrag der Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Anlage 9)

Zum 31.12.2011 stieg erneut die Anzahl der beschäftigten Gefangenen im Vergleich zum Juli um 102 auf 1.875. Dies ist ein Anstieg zum Planwert um 98 beschäftigte Gefangene oder 5,5 %.

Der Überschuss entwickelte sich deutlich über dem Planwert zum 31.12.2011, der jedoch nach der negativen Entwicklung zum 31.07.2011 auch wesentlich niedriger angesetzt wurde. Für das erste Halbjahr 2012 wird erneut mit einer negativen Überschussentwicklung gerechnet, da die meisten Rohstoffbestellungen der Eigenbetriebe zu Beginn des Jahres getätigt werden und sich erst in der 2. Jahreshälfte amortisieren.

4. Leistungsauftrag im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung (Anlage 10)

Aufgrund der Vielzahl der Aufgabenbereiche, werden diese in überdurchschnittliche-, stabile- und unterdurchschnittliche Entwicklungen untergliedert. Diese Einteilung folgt der Bewertung in der Spalte „Zielerreichung zum Berichtstag“, wobei im Berichtstext eine genaue Zielerreichung als „stabile Entwicklung“ eingestuft wird. Bei der Bewertung im Text wird vorrangig auf die Zahl der erreichten Personen abgestellt.

Überdurchschnittlich entwickelten sich die Maßnahmenbereiche **Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik, Konversion, SGB II-Flankierung, Förderung von Netzwerken und Projekte und Maßnahmen für die Zielgruppe Frauen** aus dem Bereich des Kapitels 06 12.

Stabil verliefen die Förderansätze in den Bereichen **Job-Füxe, Kommunale Jugend-Scouts, Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund, Berufsmentoring, Regionale Beschäftigungsentwickler, Vertiefte Berufsorientierung, Beratung vor und nach der Existenzgründung sowie Projekte für die Zielgruppe Frauen**.

Unterdurchschnittlich entwickelte sich dagegen der Bereich **SGB III-Projekte**. Hier ist zudem die Zahl der erreichten Personen pro Projekt gesunken.

Da zum Budgetbericht zum 31.07.2011 noch nicht feststand, ob der Aufgabenbereich „**Fit für den Job**“ fortgeführt wird, wurden hierzu auch keine Planwerte zum 31.12.2011 eingetragen. Der Förderansatz startet wieder im Januar 2012.

5. Leistungsauftrag im Bereich Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Anlage 11)

Das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) sieht frühe Förderung und rechtzeitige Hilfen zur Vermeidung von Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung vor.

Der Leistungsauftrag beinhaltet zwei wesentliche Ansätze:

- Aufbau lokaler Netzwerke zur Förderung des Kindeswohls und zur Verbesserung des Kinderschutzes,
- Förderung von Kindergesundheit, besonders durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder.

Der Aufbau lokaler Netzwerke verlief wie geplant. Die Erhöhung um ein lokales Netzwerk ist dadurch verursacht, dass zwei Kommunen, die bisher ein gemeinsames Netzwerk bildeten, nunmehr jeweils eigenständig agieren.

Im Bereich der Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern wurden weniger Einladungsschreiben und mehr Erinnerungsschreiben als geplant verschickt. Die Meldungen des Zentrums für Kindervorsorge (ZfK) an die Gesundheitsämter (GÄ) und die Mitteilungen der Gesundheitsämter (GÄ) an die Jugendämter (JÄ) fielen jedoch nicht so hoch aus, wie man es vermutet hatte.

6. Leistungsauftrag im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 12)

Der komplette Aufgabenbereich der „Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten“ blieb unter den Planwerten. Dies ist positiv zu werten, da die Beratungsfälle auch gegenüber 2010 zurückgingen.

7. Leistungsauftrag beim Landesamt für Geologie und Bergbau - LGB (Anlage 13)

Durch die Übererfüllung des Planwertes „Abarbeitungsgrad von insgesamt 28 Kartenmanuskripten“ um 1 % gegenüber der Prognose im Haushaltsplan 2011, erhöhten sich die Gesamtkosten und auch der Anteil an den Gesamtleistungen zum 31.12.2011. Durch den Wegfall eines Mitarbeiters (Freistellungsphase Altersteilzeit) ist im ersten Halbjahr 2012 mit einer Reduzierung der Gesamtkosten zu rechnen.

8. Leistungsaufträge bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (Anlage 14 bis 19)

Die einzelnen Leistungsaufträge der Kapitel 08 51 bis 08 56 - ab 01. Januar 2012 Kapitel 14 51 bis 14 56 - in den Bereichen Schule, Beratung, Weiterbildung, Versuchswesen sowie ländliche Bodenordnung, zur Steigerung der Qualitäts- und Marktorientierung, sind hohen Schwankungen unterworfen. Ein Vergleich zwischen den einzelnen Dienstleistungszentren ist aufgrund der strukturellen Unterschiede nur schwer möglich.

Auffällig sind die hohen negativen Abweichungen im Bereich der Bodenordnung. Hier wirkten sich die Einführung des ALKIS-Systems und fehlende Schnittstellen aus.

9. Leistungsauftrag beim Projekt Erweiterte Selbständigkeit von Schulen (PES) – Vertretung von Unterricht (Anlage 20)

Im Zuge der Schulstrukturreform und dem nach wie vor freiwilligen Projekt kann auf die Zahl der teilnehmenden Schulen nur begrenzt Einfluss genommen werden. Die Zahl der teilnehmenden Schulen blieb daher mit acht Schulen unter dem bereits herabgesetzten Planwert.

Eine genaue zahlenmäßige Erfassung der Schulungsmaßnahmen wäre mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden und kann daher nur geschätzt werden. Aufgrund des schuljahresbezogenen Erhebungsstichtages können Angaben zum Unterrichtsausfall nur für das Schuljahr 2010/2011 gemacht werden. Zum Stichtag 26. Juni 2011 hatten die Projektschulen einen tatsächlichen verbleibenden temporären Unterrichtsausfall von 2,59 %. Das im Leistungsauftrag festgelegte Ziel, die Verminderung des temporären Unterrichtsausfalls um 1/3 bis 1/2 bezogen auf den Referenzwert 4,2 %, wurde somit erreicht.

10. Leistungsauftrag bei der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbständigkeit von Schulen (AQS) (Anlage 21)

Die Anzahl der Schulbesuche konnte nicht erreicht werden, da sieben Schulen nicht mehr die Kriterien einer evaluierbaren Kleinstschule erfüllten, als Schulsystem ausgelaufen sind oder nach der Zusammenführung von Schulen bereits ein Teil evaluiert wurde. Daraus folgend verringerte sich auch die Anzahl der Berichte.

Auch die Anzahl geschulter Personen liegt deutlich unter der Prognose, da es sich als zweckmäßig erwiesen hat, neue Koreferenten erst zeitnah vor ihren Einsätzen auszubilden.

11. Leistungsauftrag Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 22)

Die Menge des verkauften Rohholzes hat den Planwert zum 31.12.2011 nur knapp verfehlt, der geplante Erlös konnte jedoch aufgrund des gestiegenen Durchschnittspreises übertroffen werden.

Im „Internationalen Jahr der Wälder“ konnten knapp 500 Veranstaltungen mehr durchgeführt werden als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dennoch blieb die Zahl der Veranstaltungen hinter den sehr ambitionierten Zielzahlen.

III. Detailentwicklung

Hinsichtlich der Detailentwicklung wird auf die Anlagen 7 bis 22 verwiesen, in der für die einzelnen Leistungsaufträge die jeweiligen Leistungsparameter dargestellt sind.

C. Bericht über den Projektfortschritt der KLR

I. Landesweite Entwicklung

1. Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software

Die Arbeiten am Landesmodell KLR mit dem

- Landesuntersuchungsamt und
 - dem Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation,
- wurden bereits in 2006 abgeschlossen. Zwischenzeitlich wurden auch die Vermessungs- und Katasterämter in der landeseinheitlichen KLR-Software angelegt.

An dieses KLR-System sind mittlerweile auch die nachfolgend aufgeführten Behörden angeschlossen:

- das Landesamt für Mess- und Eichwesen,
- die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion,
- das Statistische Landesamt,
- das Landesamt für Geologie und Bergbau,
- die SGD-Nord,
- die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum,
- die Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige in Neuwied,
- die Landesschule für Blinde und Sehbehinderte in Neuwied,
- sowie die Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule in Trier.

In der ersten Jahreshälfte 2010 begann die Implementierungsphase bei der Justizvollzugsanstalt in Diez.

Neben den für die Kosten- und Leistungsrechnung benötigten Lizenzen wurden auch Lizenzen für die Nutzung des Finanzbuchhaltungsmoduls erworben.

Nach erfolgreichem Roll-Out auf die verbleibenden rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten werden ca. 1.500 Benutzer in der Software angelegt sein. Somit stellt die KLR-Implementierung bei den Justizvollzugsanstalten – aufgrund der Anzahl der Anwender und der genutzten Module – das bislang umfangreichste KLR-Projekt unter den vorgenannten Behörden dar.

2. Weitere Entwicklung (Anlage 23)

Die das Landesmodell nutzenden Dienststellen werden in betriebswirtschaftlichen und anwendertechnischen Fragen im Rahmen eines First- und Second-Level-Supports intensiv durch die OFD Koblenz -ZBV- betreut. Gleichzeitig wird das vorhandene Landesmodell kontinuierlich optimiert:

- Im Rahmen von Schulungen werden tiefergehende Theorie- und Software-Kenntnisse vermittelt. So fanden zum weiteren Ausbau und der Intensivierung des vorhandenen Berichtswesens in 2011 Schulungen zum Thema „Report-generator“, Schulungen in der Thematik „Grundlagen KLR, Zeiterfassung und Anlagenbuchhaltung“ sowie Administratorenschulungen statt.
- Eine Erweiterung des Softwareangebots für das Berichtswesen wird überprüft.
- Nach Möglichkeit und Bedarf werden halbjährlich KLR-Anwendertreffen und „Treffen auf Arbeitsebene“ durchgeführt, die der engeren Vernetzung und dem Informationsaustausch der angeschlossenen Dienststellen dienen.
- Zwecks Zurverfügungstellung von Informationen und Dokumenten wird eine erweiterte separate Internet-Plattform bei der ZBV vorgehalten.

Eine tabellarische Übersicht zum Umsetzungsstatus der KLR in den Landeseinrichtungen ist als Anlage 23 beigefügt.

II. Länderübergreifende Entwicklung

Durch das Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz (HGrGMoG) wurde das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) insoweit geändert, als gleichberechtigt neben die Kameralistik auch die kaufmännische Buchführung treten kann, wenn dabei eine Vergleichbarkeit der Daten sichergestellt wird.

Zur Gewährleistung dieser einheitlichen Verfahrens- und Datengrundlagen wurde von Bund und Ländern das Standardisierungsgremium nach § 49a Abs. 1 HGrG eingerichtet. Es erarbeitet entsprechende Standards für kamerale und doppelte Haushalte sowie Produkthaushalte unter Berücksichtigung der finanzstatistischen Anforderungen. Das Gremium hat dazu Ende 2010 die „Standards staatlicher Doppik“ sowie den „Verwaltungskontenrahmen“ (VKR) überprüft und beschlossen. Als Standard für

den Produkthaushalt wurde der „Integrierte Produktrahmen“ (IPR) überprüft und beschlossen.

Diese werden – einschließlich der kameralen Standards – mindestens einmal jährlich überprüft und fortentwickelt.

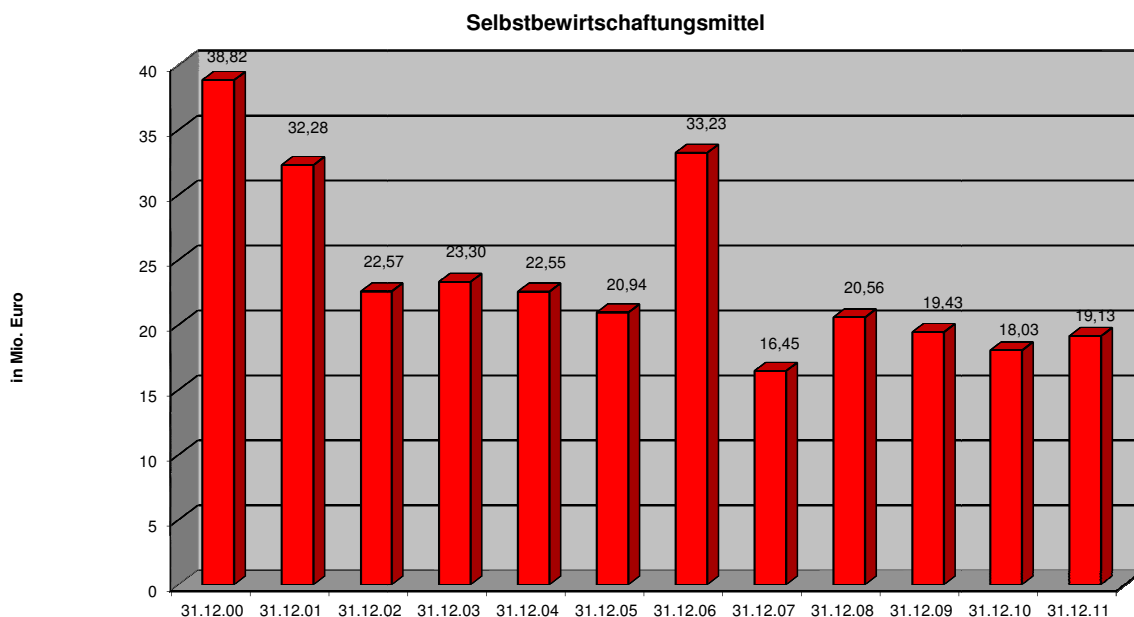
D. Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel

I. Berichtsgrundlage

Gemäß Haushaltsvermerk bei Kapitel 09 13 (Allgemeine Bewilligungen - Hochschulen und Klinikum, Forschung, Ausbildungsförderung) können die am Ende eines Haushaltsjahres nicht in Anspruch genommenen Ausgabenermächtigungen nach § 15 Abs. 2 LHO zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. Über die zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Mittel, die hieraus getätigten Investitionen und konsumtiven Ausgaben, strukturiert nach wesentlichen Schwerpunkten sowie über die Höhe der noch verbleibenden Mittelreserve und die Zielsetzung ihrer geplanten Verwendung, berichtet die Landesregierung zusammen mit dem Jahresbudgetbericht gem. § 6 LHG.

II. Entwicklung der Selbstbewirtschaftungsmittel (Anlage 24 und 25)

Die Selbstbewirtschaftungsmittel wurden ab dem Jahr 2000 recht sukzessive bis zum Ende des Jahres 2005 zurückgeführt. In 2006 konnten die Selbstbewirtschaftungsmittel wieder aufgebaut werden. Mit dem Haushaltsjahr 2007 wurden die Universitäten in Trier und Kaiserslautern sowie die Fachhochschulen in Kaiserslautern und Mainz ebenfalls (nach der Universität Mainz ab 2005) aus dem kameralen Landeshaushalt ausgegliedert und die noch in vorhergehenden Jahren in deren Haushalten aufgebauten Selbstbewirtschaftungsmittel in den Wirtschaftsplan der betreffenden Hochschulen überführt.⁴



⁴ Vgl. zur Entwicklung der Selbstbewirtschaftungsmittel der jeweiligen Hochschule Anlage 24.

Im Jahr 2011 entwickelten sich die Selbstbewirtschaftungsmittel in den wissenschaftlichen Hochschulen und den Fachhochschulen (Kapitel 09 09, 09 10, 09 61, 09 63, 09 64, 09 66, 09 67) in der Summe wie folgt:

Stand der Selbstbewirtschaftungsmittel am 01. Januar 2011	18.031.254,57 €
Zuführungen in die Selbstbewirtschaftung in 2011	1.099.409,56 €
Entnahmen aus der Selbstbewirtschaftung in 2011	-0,00 €
Stand der Selbstbewirtschaftungsmittel am 31. Dezember 2011	19.130.664,13 €

Investive wie auch konsumtive Maßnahmen wurden in 2011 aus den Selbstbewirtschaftungsmitteln nicht finanziert.

Die auf die einzelnen Hochschulen entfallenden Selbstbewirtschaftungsmittelanteile und -veränderungen sind in der Anlage 25 dargestellt.

III. Anmerkungen

Seit dem Haushaltsjahr 2005 wird die Johannes Gutenberg-Universität nach kaufmännischen Kriterien entsprechend § 103 Hochschulgesetz geführt. Zu diesem Zeitpunkt wurde sie aus dem kameralen Landeshaushalt ausgegliedert. Die Landesmittel werden daher im Landeshaushalt nur noch als Zuführungen im Kapitel 09 05 dargestellt. Die Selbstbewirtschaftungsmittel wurden ab dem 01.01.2005 in den Wirtschaftsplan der Hochschule aufgenommen. Die Selbstbewirtschaftung besteht damit nicht mehr.

Seit dem Haushaltsjahr 2007 wurden die Universitäten in Trier und Kaiserslautern sowie die Fachhochschulen in Kaiserslautern und Mainz ebenfalls aus dem kameralen Landeshaushalt ausgegliedert. Die Selbstbewirtschaftungsmittel wurden zum 01.01.2007 in den Wirtschaftsplan der entsprechenden Hochschule aufgenommen. Dadurch besteht die Selbstbewirtschaftung nicht mehr.

IV. Geplante Ausgaben im Haushaltsjahr 2012

Es sind im konsumtiven (Projekt- und Forschungsverpflichtungen) sowie im investiven Bereich (Ersatzbeschaffung technischer Geräte) für das Haushaltsjahr 2012 keine Ausgaben geplant.

Anlagen

**§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2011 - Hauptgruppe 4 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2011**

Einzelplan	Soil 2010	ist 2010	ist 2010 zum	Ansatz	PVM	Zuführungen			In Abgangstellung		Einsparungen	Soil 2011
	in € einschl. Ausgabereise und Rücklagen, tarifl. bedingte Mehrausgaben und evtl. sonst. Veränderungen	in €	in v.H.	2011 in €	2011 in € Tarifbedingte Personalmehrausgaben	von Ausgabe- resten in €	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2012 ff. bewilligte Ausgabereise in €	aus Titel 861 01 bzw. entsprechende Titeln aus TGr. in €	z.B. aufgrund von Kopplungs- vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig- keiten, upl., apl. in €	nach Titel 861 01 bzw. entsprechende Titel aus TGr. in €	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs- fähigkeiten in €	in €
01 ¹⁾	26.902.054	26.481.152	98,4%	26.840.000	722.300	315.450		30.000	5.124	55.069	70.610	27.776.947
02 SK	11.650.135	11.240.789	96,5%	10.862.600	276.500	160.756	111.000	956	2.504	44.983		11.621.571
02 LV	5.368.486	4.806.181	89,5%	5.172.400	96.100	217.630		51.374	116.613	2.159.169		5.379.560
03 ²⁾	898.300.192	890.740.482	99,2%	901.101.600	16.185.800	6.422.126	950.000	14.829.625	11.576.359			926.181.203
04	379.225.005	371.553.727	98,0%	371.796.700	8.278.900	6.452.077		6.637.897	931.007	71.310		391.347.164
05	473.578.710	470.169.347	99,3%	476.551.300	8.087.800	2.630.652		946.113	1.571.220			486.145.144
06 ³⁾	102.375.704	96.052.396	93,8%	96.608.900	2.110.600	5.605.403		359.721	6.463			104.540.810
08	147.418.002	144.156.709	97,8%	145.567.900	2.694.200	657.145		8.946.043	801.259	3.060.780		153.927.090
09	3.017.664.050	3.022.664.050	100,2%	3.068.406.800	45.540.000	1.032		200.870.261	184.826.191			3.125.232.835
10 ⁴⁾	17.715.806	16.062.828	90,7%	18.769.600				240.543	203.735	4.999.609		18.565.865
14	102.351.672	96.185.113	94,0%	97.599.500	2.099.700	5.239.109		2.477.472	129.133	116.320		107.170.328
Zwischen- ergebnis	5.182.549.818	5.150.112.775	99,4%	5.219.277.300	86.091.900	27.701.379	1.061.000	1.800.746	234.789.742	8.400.240	3.202.700	5.357.888.516
20 ⁵⁾	27.499.800	0	0,0%	30.000.000	-86.691.900	27.499.800			29.192.100			0
Summe	5.210.049.618	5.150.112.775	98,8%	5.249.277.300	-600.000	55.201.179	1.061.000	1.800.746	263.981.842	8.400.240	3.202.700	5.357.888.516
07					600.000				654.186		600.000	654.186
Gesamt- ergebnis	5.210.049.618	5.150.112.775	98,8%	5.249.277.300	0	55.201.179	1.061.000	1.800.746	264.636.028	8.400.240	3.802.700	5.358.542.702

Anmerkungen:

- 1) Unter Berücksichtigung von Kapitel 01 01 Titel 411 72 und 427 72.
- 2) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.
- 3) Das Soil bei Kapitel 06 17 erhöht sich um die bei Kapitel 06 17 Titel 633 02 anfallenden Minderausgaben, die den Mehrbedarf der Hauptgruppe 4 ausgleichen (Deckungsvermerk), so dass die Ist-Ausgaben im Haushaltsjahr 2011 die Haushaltsermächtigung nicht übersteigen.
- 4) Die in Abgangstellung von 202.126 € in Kapitel 10 01 erfolgt anteilig auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsmaßnahme nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2011 auf freiwilliger Basis.
- 5) Von der bewilligten überplanmäßigen Ausgabe für "Globale Mehrausgaben für Personalausgaben" i.H.v. 19.097.200 € lt. Landtagsdrucksache 16/533 wurden lediglich 18.830.100 € in Anspruch genommen.

**§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2011 - Hauptgruppe 4 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2011**

Einzelplan	31.07.2011							31.12.2011				Meh-/ Minderaus- gaben Differenz Soll 2011 zum Ist	Ansatz 2012	Prognose zum 31.07.2012		
	Soll zum 31.07.	geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab- weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2011	Prognose zum 31.12.2011	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.				in v.H.	in €
01	27.175.450	16.299.636	16.989.192	4,2%	62,5%	28.079.455	28.079.455	27.431.205	-2,3%	98,8%	98,8%	17.194.446	61,2%			
02 SK	11.023.356	6.300.000	6.510.356	3,3%	59,1%	11.023.356	11.023.356	10.949.968	-0,7%	94,2%	94,2%	6.900.000	56,0%			
02 LV	5.304.075	2.870.800	3.066.279	6,8%	57,8%	5.128.000	5.128.000	5.200.110	1,4%	96,7%	96,7%	2.854.000	51,5%			
03	907.424.426	585.362.600	576.701.643	-1,5%	63,6%	922.177.100	922.177.100	916.339.851	-0,4%	99,2%	99,2%	595.656.265	64,4%			
04	377.732.590	220.630.478	242.963.751	10,1%	64,3%	382.676.666	391.418.474	380.525.551	-2,8%	97,2%	97,2%	235.320.778	62,1%			
05	480.251.452	314.453.414	300.885.380	-4,3%	62,7%	484.065.564	484.065.564	480.453.580	-0,7%	98,8%	98,8%	503.865.100	62,8%			
06	102.211.558	59.147.000	59.129.175	0,0%	57,8%	98.062.000	98.062.000	97.541.479	-0,5%	93,3%	93,3%	97.567.000	61,1%			
08	145.499.889	88.977.887	90.368.061	1,6%	62,1%	144.255.006	144.255.006	146.844.518	1,8%	95,4%	95,4%	59.650.000	61,1%			
09	3.087.851.736	1.983.105.497	1.983.105.763	0,0%	64,2%	3.170.571.064	3.124.893.967	3.124.893.967	0,0%	100,0%	100,0%	2.063.520.425	64,8%			
10	18.497.156	11.015.000	10.233.711	-7,1%	55,3%	16.383.000	16.383.000	16.201.677	-1,1%	87,3%	87,3%	11.825.000	61,9%			
14	104.168.609	59.349.363	59.537.185	0,3%	57,2%	100.561.227	100.561.227	98.378.079	-2,2%	91,8%	91,8%	90.910.700	63,1%			
Zwischen- ergebnis	5.267.140.298	3.347.511.675	3.349.490.497	0,1%	63,6%	5.362.982.438	5.326.047.149	5.306.759.985	-0,4%	99,0%	99,0%	5.389.820.900	0,0%			
20	86.989.000				0,0%					0,0%	0,0%	34.400.000	0,0%			
Summe	5.354.099.298	3.347.511.675	3.349.490.497	0,1%	62,6%	5.362.982.438	5.326.047.149	5.306.759.985	-0,4%	99,0%	99,0%	5.424.220.900	0,0%			
07	5.154.688	81.629	81.629	0,0%	15,8%	515.468	654.186	654.186	0,0%	100,0%	100,0%	6.708.333	58,9%			
Gesamt- ergebnis	5.354.614.767	3.347.593.304	3.349.572.126	0,1%	62,6%	5.363.497.906	5.326.701.335	5.307.414.171	-0,4%	99,0%	99,0%	5.435.720.900	0,0%			

§ 6 LHG 2011
Personalentwicklung in den budgetierten Personalausgabenbereichen
sowie personalbezogene Prognose über den vorauss. weiteren Jahresverlauf
- Haushaltsjahr 2011 -
nach Beamten und Beschäftigten

Einzelplan	Ausgaben- gruppe	Stand zum Dezember 2010 ¹⁾²⁾	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Blockmodell in der Arbeitsphase sind ³⁾	Abzögl. Vollzeitanteil derjenigen in Blockmodell in der Freistellungsphase sind ³⁾	Stand zum Dezember 2011 ¹⁾²⁾	Differenz zum Dezember 2010 (Blockmodell) ¹⁾	Prognose für Dezember 2011 ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) ¹⁾	Kapitel	Ausgaben- gruppe	Stand zum Dezember 2011 ¹⁾²⁾	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Blockmodell in der Arbeitsphase sind ³⁾	Abzögl. Vollzeitanteil derjenigen in Blockmodell in der Freistellungsphase sind ³⁾	Stand zum Dezember 2011 mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) ¹⁾³⁾	Differenz zum Dezember Vorjahr ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) ¹⁾	Differenz zum Vorjahr mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) ¹⁾	Prognose für Juli 2012 ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) ¹⁾
		Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ			Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ
01	422	56	1,6	1,0	56	-0,6	56	01	422	56	0,9	0,7	56	2,4	2,4	56
	428	86	1,6	0,8	86	-1,5	86		428	86	0,9	0,7	86	-3,4	-3,9	86
	Gesamt	143	1,6	1,0	143	-2,1	143		Gesamt	142	0,9	0,7	142	-1,0	-1,5	140
02-Sik	422	47	0,9	1,0	47	0,9	48	02-Sik	422	49	0,5	1,4	48	2,2	1,4	51
	428	103	0,9	1,7	102	-10,0	93		428	98	0,2	1,6	96	-4,8	-5,3	99
	Gesamt	150	1,8	2,7	149	-9,1	140		Gesamt	147	0,7	3,0	145	-2,6	-3,9	150
02-LV	422	19	3,0	1,5	17	-1,8	20	02-LV	422	20	3,0	1,0	19	0,8	1,3	23
	428	38	3,0	3,0	40	1,9	41		428	41	3,0	3,0	44	3,1	3,1	43
	Gesamt	57	3,0	1,5	58	0,2	60		Gesamt	61	3,0	1,0	63	3,9	4,4	65
03	422	12.309	39,4	57,2	12.291	-78,3	12.362	03	422	12.288	42,5	57,7	12.283	-11,3	-8,7	12.275
	428	2.561	86,6	80,2	2.493	-67,8	2.497		428	2.495	65,1	71,8	2.495	-59,8	-72,9	2.394
	Gesamt	14.870	126,0	137,4	14.784	-146,2	14.859		Gesamt	14.799	107,6	129,5	14.777	-71,2	-81,6	14.669
04	422	5.887	87,8	58,2	5.674	-213,3	5.597	04	422	5.925	85,6	156,9	5.853	37,6	31,8	5.921
	428	1.172	69,5	55,1	1.150	-22,9	1.168		428	1.146	53,0	53,3	1.145	-26,7	-41,4	1.143
	Gesamt	7.059	157,3	208,4	6.823	-236,2	6.765		Gesamt	7.070	138,6	210,2	6.999	10,9	-3,6	7.063
05	422	5.845	27,8	16,9	5.806	-38,8	5.868	05	422	5.872	32,2	9,5	5.894	26,5	5,925	5.925
	428	2.138	35,1	30,7	2.154	15,7	2.155		428	2.101	23,5	28,1	2.096	-37,3	-46,4	2.088
	Gesamt	7.983	62,9	47,5	7.960	-23,0	8.023		Gesamt	7.972	55,6	37,6	7.990	-10,8	-8,1	8.213
06	422	679	8,0	6,7	659	-20,2	681	06	422	683	9,9	10,1	682	3,5	5,0	677
	428	737	18,7	7,4	736	-1,0	739		428	729	12,5	9,9	732	-17,3	-7,7	708
	Gesamt	1.416	26,8	16,4	1.395	-21,1	1.420		Gesamt	1.412	22,4	20,0	1.414	-4,2	-12,2	1.384
08	422	1.014	19,3	10,1	1.001	-12,8	1.006	08	422	1.009	12,3	29,8	992	-5,2	-18,2	992
	428	775	30,6	22,7	748	-27,0	776		428	758	23,8	23,8	759	-16,3	-23,4	759
	Gesamt	1.789	49,9	46,4	1.749	-39,8	1.782		Gesamt	1.767	36,1	52,7	1.751	-21,5	-41,6	1.751
09	422	32.566	1.074,1	1.476,3	32.164	-657,3	33.148	09	422	32.635	991,2	1.478,8	32.147	68,1	-17,4	32.807
	428	5.092	149,0	133,1	5.122	29,7	5.164		428	5.167	98,3	101,5	5.164	74,8	55,8	5.201
	Gesamt	37.659	1.223,0	1.609,4	37.272	687,0	38.312		Gesamt	37.802	1.089,5	1.580,3	37.311	142,8	38,4	38.008
10	422	121	3,0	1,5	122	0,6	135	10	422	126	2,5	0,5	128	5,1	5,6	140
	428	34	0,3	1,0	29	-4,4	29		428	26	0,3	0,4	26	-8,0	-7,5	29
	Gesamt	155	3,3	2,5	151	-3,8	164		Gesamt	152	2,8	0,9	154	-3,0	-2,0	169
14	422	716	7,9	7,1	714	-1,9	718	14	422	711	4,9	12,0	704	-5,5	-13,0	1.273
	428	739	23,9	14,2	715	-23,6	733		428	729	18,0	14,0	734	-9,5	-15,2	1.077
	Gesamt	1.455	31,8	21,7	1.429	-25,5	1.451		Gesamt	1.440	22,9	26,0	1.437	-14,9	-28,1	2.350
Zwischen- summe	422	59.261	1.268,2	1.748,7	58.780	-291,2	59.552	Zwischen- summe	422	59.385	1.181,5	1.757,6	58.809	124,2	28,6	59.603
	428	13.475	419,2	346,2	13.548	-110,9	13.488		428	13.379	288,6	304,3	13.374	-95,7	-174,4	13.340
	Gesamt	72.736	1.687,4	2.094,9	72.328	180,3	73.137		Gesamt	72.764	1.480,2	2.061,9	72.182	28,4	-145,8	72.843
07	422							07	422	1			1	1,0	1,0	64
	428								428	25			25	24,8	24,8	53
	Gesamt	422			26				Gesamt	26			26	25,8	25,8	117
Insgesamt	422	59.261	1.268,2	1.748,7	58.780	-291,2	59.552	Insgesamt	422	59.386	1.181,5	1.757,6	58.810	125,2	29,6	59.567
	428	13.475	419,2	346,2	13.548	-110,9	13.488		428	13.404	298,6	304,3	13.398	-70,9	-149,6	13.993
	Gesamt	72.736	1.687,4	2.094,9	72.328	180,3	73.137		Gesamt	72.790	1.480,2	2.061,9	72.208	54,2	-120,0	72.860

Anmerkungen:
1) Zahlfälle sind in Vollzeit umgerechnet und wurden gerundet (Quelle: OFD Koblenz-ZBV).

2) Die Summen "Gesamt" ergeben sich aufgrund der Addition der ungerundeten Werte und werden dann erst gerundet.

3) Unter Berichtigung der in Altersteilzeit (Blockmodell) befindlichen Mitarbeiter, die aufgrund der reduzierten Grundbezüge entgeltetes nur noch mit der Hälfte ihres bisherigen Vollzeitäquivalentes erfasst werden (Quelle: OFD Koblenz-ZBV).

**§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2011 - Obergruppen 51 bis 54 (ohne die Gruppen 529 und 531) -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2011**

Einzelplan	Soll 2010	Ist 2010	Ist 2010 zum Soll 2010	Ansatz 2011	Zuführungen			In Abgangstellung	Einsparungen	Soll 2011
	in €	in €	in v.H.	in €	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2012 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungsmitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungsvermerken, Umsetzungen, Deckungsfähigkeiten, üpl., apl.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungsfähigkeiten	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	in €
01	3.286.622	3.142.678	95,6%	3.375.900	57.150					3.433.050
02 SHK	8.000.476	7.383.169	92,3%	5.996.500	1.483.400			11.818	209.213	7.258.869
02 LV ¹⁾	2.713.577	2.708.177	99,8%	2.232.500	191.800	2.494	322.207	922.791	111.229	2.637.772
03 ²⁾	184.210.271	163.636.766	88,8%	163.533.800	16.534.725	5.045.500	12.542.064	59.615	13.300.700	178.387.099
04 ⁴⁾	52.180.146	49.108.651	94,1%	49.258.000	3.016.399		372.672	1.488.602	1.488.602	51.098.855
05 ⁵⁾	98.033.627	93.186.273	95,1%	94.931.700	2.688.000	540.000	2.243.652	719.872	303.000	100.411.700
06 ⁷⁾	21.017.973	19.883.669	94,6%	21.084.600	782.859			830.458	15.317.129	21.867.459
08 ⁸⁾	162.279.499	161.756.822	99,7%	183.610.600	2.098.627			4.694.896	1.572.709	173.688.071
09 ⁹⁾	144.921.957	121.805.639	84,0%	104.311.900	23.121.318		136.700			147.901.307
10 ¹⁰⁾	1.199.203	1.199.203	100,0%	1.161.100						1.248.452
12 ¹¹⁾	13.982.700	6.644.186	47,5%	18.178.000	7.086.000	2.017.000		8.572.900	545.340	18.492.760
14 ¹²⁾	60.425.487	32.584.447	53,9%	37.085.600	24.839.942			138.885	4.692.333	62.458.432
20	27.555.729	22.864.134	83,0%	10.552.000	4.202.300		480.139			15.234.439
Zwischen- ergebnis	779.807.267	685.903.834	88,0%	695.312.200	86.082.520	5.602.000	3.727.415	15.951.235	37.540.256	784.118.264
07							143.730			143.730
Gesamt-ergebnis	779.807.267	685.903.834	88,0%	695.312.200	86.082.520	5.602.000	3.727.415	15.951.235	37.540.256	784.261.994

Anmerkungen:

- 1) Beim Ansatz 2011 ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe i.H.v. 51.000 €.
- 2) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.
- 3) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2011 i.H.v. 10.803.600 €, beim Ansatz 2012 i.H.v. 18.689.500 €.
- 4) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2011 i.H.v. 1.457.000 €, beim Ansatz 2012 i.H.v. 1.618.300 €.
- 5) Ab dem Haushaltsjahr 2005 ohne Berücksichtigung der Ausgaben bei der Gruppe 532.
- 6) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2011 i.H.v. 3.291.600 €, beim Ansatz 2012 i.H.v. 1.061.200 €.
- 7) Beim Ansatz 2011 ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe i.H.v. 10.243.200 €.
- 8) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2011 i.H.v. 27.113.800 €, beim Ansatz 2012 i.H.v. 7.295.200 €.
- 9) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2011 i.H.v. 17.393.600 €, beim Ansatz 2012 i.H.v. 13.116.400 €.
- 10) Die Zuführung erfolgt in anteiliger Höhe von 34.833 € auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesregierung im HHJ 2011 auf freiwilliger Basis.
- 11) Beim Ansatz 2011 ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe i.H.v. 1.067.400 €.
- 12) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2011 i.H.v. 3.462.000 €, beim Ansatz 2012 i.H.v. 8.685.900 €.

**§ 6 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2011 - Obergruppen 51 bis 54 (ohne die Gruppen 529 und 531)-
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2011**

Einzelplan	31.07.2011						in v.H. zum Soll 2011
	Soll zum 31.07.	geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab- weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2011	Prognose zum 31.12.2011	
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	
01	3.433.050	2.132.800	1.734.383	-18,7%	50,5%	3.215.210	93,7%
02 StK	7.209.774	3.906.750	4.027.370	3,1%	55,9%	7.093.292	98,4%
02 LV	2.532.788	1.525.000	1.512.207	-0,8%	59,7%	2.455.200	96,9%
03	180.068.525	85.120.254	95.707.265	12,4%	53,2%	162.055.870	90,0%
04	50.840.369	27.942.756	27.350.040	-2,1%	53,8%	46.885.783	92,2%
05	99.202.600	54.811.000	55.459.685	1,2%	55,9%	95.892.022	96,7%
06	21.867.459	12.532.300	11.961.657	-4,6%	54,7%	20.500.000	93,7%
08	166.451.712	106.194.460	106.152.614	0,0%	63,8%	166.390.400	100,0%
09	128.877.231	76.541.286	76.581.259	0,1%	59,4%	131.213.634	101,8%
10	1.294.833	730.000	765.131	4,8%	59,1%	1.260.000	97,3%
12	19.429.760	3.077.019	3.077.019	0,0%	15,8%	7.000.000	36,0%
14	59.340.082	17.148.000	17.161.038	0,1%	28,9%	33.050.000	55,7%
20	14.920.133	8.626.900	7.004.596	-18,9%	46,9%	12.272.200	82,3%
Zwischen- ergebnis	755.468.315	400.288.525	408.494.265	2,0%	54,1%	689.283.611	91,2%
07	47.600	965	965	0,0%	2,0%	47.600	100,0%
Gesamt- ergebnis	755.515.915	400.289.490	408.495.230	2,0%	54,1%	689.331.211	91,2%

	31.12.2011						in v.H. zum Soll 2011	in €	in v.H.	in €	in v.H.
	Soll zum 31.12.	geplantes Soll zum 31.12.	Ist zum 31.12.	Ab- weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2011	Mehr-/ Minderaus- gaben Differenz Soll 2011 zum Ist					
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €					
	3.433.050	3.215.210	3.054.356	-5,0%	89,0%	-378.694	3.352.800	55,4%	1.856.590	55,4%	
	7.258.869	7.093.292	6.265.153	-11,7%	86,3%	-993.716	6.586.200	60,7%	4.000.000	60,7%	
	2.637.772	2.455.200	2.615.293	6,5%	99,1%	-22.479	2.088.400	55,5%	1.160.000	55,5%	
	178.387.099	162.055.870	168.103.811	3,7%	94,2%	-10.283.288	290.593.600	58,4%	169.794.900	58,4%	
	51.098.855	51.201.257	47.966.092	-6,3%	93,9%	-3.132.763	46.724.100	53,5%	24.996.820	53,5%	
	100.411.700	95.892.022	92.495.334	-3,5%	92,1%	-7.916.366	98.693.700	60,2%	59.453.939	60,2%	
	21.867.459	20.540.000	20.280.360	-1,3%	92,7%	-1.587.079	20.482.500	53,0%	10.863.000	53,0%	
	173.888.071	166.390.400	170.876.965	2,7%	98,4%	-2.811.106	13.534.700	56,5%	7.645.100	56,5%	
	147.901.307	123.033.357	123.033.357	0,0%	83,2%	-24.867.951	101.052.900	58,3%	58.953.358	58,3%	
	1.248.452	1.260.000	1.213.619	-3,7%	97,2%	-34.833	1.161.100	63,7%	740.000	63,7%	
	18.492.760	6.906.721	6.906.721	0,0%	37,3%	-11.586.039	87.578.000	3,9%	3.400.000	3,9%	
	62.458.432	33.050.000	34.778.242	5,2%	55,7%	-27.680.190	44.506.900	52,4%	23.337.000	52,4%	
	15.234.439	14.754.600	11.308.200	-23,4%	74,2%	-3.926.239	6.725.000	89,0%	5.986.900	89,0%	
Zwischen- ergebnis	784.118.264	667.847.929	688.897.522	0,2%	87,9%	-95.220.742	723.079.900	51,5%	372.187.607	51,5%	
07	143.730	143.730	143.730	0,0%	100,0%	0	5.843.100	47,9%	2.800.000	47,9%	
Gesamt- ergebnis	784.261.994	667.991.659	689.041.252	0,2%	87,9%	-95.220.742	728.923.000	51,4%	374.987.607	51,4%	

**§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2011 - Hauptgruppe 7 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2011**

Einzelplan	Soll 2010	Ist 2010	Ist 2010 zum Soll 2010	Ansatz 2011	Zuführungen		In Abgangstellung	Einsparungen	Soll 2011	
	in € einschl. Ausgabereise, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	in €	in v.H.	in €	von Ausgabereisen	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2012 ff. bewilligte Ausgabereise	aus Deckungsmitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungsvermerken, Umsetzungen, Deckungsfähigkeiten, üpl., apl.	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	in €
04	60.533	46.555	76,9%	50.000	13.978				8.893	55.085
08	182.525	182.525	100,0%	828.400					177.165	480.290
09	46.492.641	24.030.372	51,7%	22.643.100	20.962.000		2.181.600		679.293	42.925.807
12	67.138.792	16.707.190	24,9%	23.029.500	50.431.603			16.210.179	3.000.000	86.023.186
14										
Gesamtergebnis	113.874.492	40.966.642	36,0%	46.551.000	71.407.581		2.181.600	16.210.179	3.865.351	129.484.367

**§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2011 - Hauptgruppe 7 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2011**

Einzelplan	31.07.2011						Prognose zum 31.12.2011 in v.H. zum Soll 2011
	Soll 2011 in €	geplantes Soll zum 31.07. in €	Ist zum 31.07. in €	Ab- weichung zum geplanten Soll in v.H.	Ist zum Soll 2011 in v.H.	Prognose zum 31.12.2011 in €	
04	62.478	35.352	6.171	-82,5%	9,9%	10.579	16,9%
08	828.400	443.805	443.805	0,0%	53,6%	760.809	91,8%
09	42.925.807	13.112.843	13.112.843	0,0%	30,5%	25.000.000	58,2%
12	70.461.103	11.150.000	12.432.571	11,5%	17,6%	31.250.000	44,4%
Gesamt- ergebnis	114.277.788	24.742.000	25.995.390	5,1%	22,7%	57.021.388	49,9%

	31.12.2011				Mehr-/ Minderaus- gaben Differenz Soll 2011 zum Ist in €	Ansatz 2012 in €	Prognose zum 31.07.2012 in v.H.
	Soll 2011 in €	geplantes Soll zum 31.12. in €	Ist zum 31.12. in €	Ab- weichung zum geplanten Soll in v.H.			
	55.085	63.978	25.085	-60,8%	-30.000	50.000	40,0%
	480.290	760.809	480.290	-36,9%	0	288.000	60,8%
	42.925.807	20.384.320	20.384.320	0,0%	-22.541.487	828.400	58,3%
	86.023.186	31.250.000	32.396.242	3,7%	-53.626.943	19.519.700	66,6%
	129.484.367	52.459.107	53.285.937	1,6%	-76.198.430	15.425.000	78,1%
						36.111.100	71,2%

**§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2011 - Obergruppen 81 und 82 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2011**

Einzelplan	Soll 2010	Ist 2010	Ist 2010 zum Soll 2010	Ansatz 2011	Zuführungen			In Abgang- stellung	Einsparungen	Soll 2011
	in € einschl. Ausgabere- rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	in €	in v.H.	in €	von Ausgabe- resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2012 ff. bewilligte Ausgabere- ste	aus Deckungs- mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs- vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig- keiten, Upl., apl.	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	in €
01	723.400	218.727	30,2%	232.400	443.800				12.121	676.200
02 SIK	20.198	20.198	100,0%	26.100					337	13.979
02 LV	39.700	22.874	57,6%	7.000	37.600				527.774	44.263
03 ¹⁾	65.924.907	35.650.552	54,1%	27.766.500	28.028.100	8.898.700	6.779.985	40.600		62.006.211
04 ²⁾	4.933.022	3.327.554	67,5%	3.276.200	1.605.467		480.097		324.518	5.037.247
05	5.616.432	4.976.045	88,6%	3.892.500	640.300		430.881			4.964.159
06	11.679.603	11.260.603	96,4%	941.000	419.000					1.360.000
08	2.687.622	2.493.952	92,8%	2.272.800	193.669			21.200	107.868	2.511.791
09	13.973.041	9.094.801	65,1%	17.986.500	4.878.240		272.757	8.896.096	1.720.200	13.493.807
10 ³⁾	137.038	137.038	100,0%	60.100						76.659
12	7.458.900	3.840.441	51,5%	3.150.000	3.420.000				94.500	6.475.500
14	9.874.862	4.579.346	46,4%	4.886.700	5.295.516		32.948	10.082	560.000	10.669.623
Zwischen- ergebnis	123.068.625	75.622.132	61,4%	64.497.800	44.961.693	8.898.700	306.183	8.967.978	3.347.317	107.329.439
07							162.981			162.981
Gesamt- ergebnis	123.068.625	75.622.132	61,4%	64.497.800	44.961.693	8.898.700	306.183	8.967.978	3.347.317	107.492.420

Anmerkungen:

- 1) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.
- 2) Beim Soll 2010 einschließlich einer überplanmäßigen Ausgabe i.H.v. 1.030.000 €
- 3) Die Zuführung erfolgt in anteiliger Höhe von 1.803 € auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2011 auf freiwilliger Basis.

**§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2011 - Obergruppen 81 und 82 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen
sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf
im Haushaltsjahr 2011**

Einzelplan	31.07.2011						31.12.2011					
	Soll 2011		geplantes Soll zum 31.07.		Ist zum 31.07.		Abweichung zum geplanten Soll		Ist zum Soll 2011		Prognose zum 31.12.2011	
	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in v.H.	in v.H.	in v.H.	in v.H.	in v.H.	in v.H.
01	676.200	160.336	142.262	-11,3%	21,0%	563.600	83,3%					
02 StK	26.100	15.200	0	-100,0%	0,0%	10.000	38,3%					
02 LV	44.390	7.000	5.642	-19,4%	12,7%	43.500	98,0%					
03	55.784.600	13.823.586	14.159.083	2,4%	25,4%	35.267.200	63,2%					
04	4.783.381	2.762.210	626.050	-77,3%	13,1%	4.735.217	99,0%					
05	4.532.800	2.038.000	1.388.321	-31,9%	30,6%	3.965.420	87,5%					
06	1.360.000	381.700	234.218	-38,6%	17,2%	960.000	70,6%					
08	2.302.756	1.280.300	707.920	-44,7%	30,7%	2.294.800	99,7%					
09	22.864.740	2.938.691	2.954.399	0,5%	12,9%	5.037.757	22,0%					
10	60.100	41.000	6.394	-84,4%	10,6%	58.000	96,5%					
12	6.475.500	54.431	54.431	0,0%	0,8%	1.500.000	23,2%					
14	9.937.216	2.712.000	2.443.337	-9,9%	24,6%	4.815.000	48,5%					
Zwischen- ergebnis	108.857.783	26.214.454	22.722.057	-13,3%	20,9%	59.250.494	54,4%					
07	137.600	0	0		0,0%	137.600	100,0%					
Gesamt- ergebnis	108.995.383	26.214.454	22.722.057	-13,3%	20,8%	59.388.094	54,5%					

Einzelplan	31.12.2011						Mehrer-/ Minderaus- gaben Differenz Soll 2011 zum Ist	Ansatz 2012	Prognose zum 31.07.2012				
	Soll 2011		geplantes Soll zum 31.12.		Ist zum 31.12.					Abweichung zum geplanten Soll		Ist zum Soll 2011	
	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.				in v.H.	in v.H.	in €	in v.H.
01	676.200	563.600	289.791	-48,6%	42,9%	289.791	42,9%	165.100	67,6%				
02 StK	26.100	10.000	3.979	-60,2%	28,5%	3.979	28,5%	15.000	53,4%				
02 LV	44.390	43.500	15.914	-63,4%	36,0%	15.914	36,0%	5.000	100,0%				
03	55.784.600	35.267.200	33.830.767	-4,1%	54,6%	33.830.767	54,6%	15.819.400	51,0%				
04	4.783.381	5.361.764	2.734.347	-49,0%	54,3%	2.734.347	54,3%	976.688	22,6%				
05	4.532.800	3.965.420	4.128.667	4,1%	83,2%	4.128.667	83,2%	1.546.116	30,5%				
06	1.360.000	960.000	745.663	-22,9%	54,8%	745.663	54,8%	356.000	50,9%				
08	2.302.756	2.294.800	2.264.090	-1,3%	90,1%	2.264.090	90,1%	291.000	43,2%				
09	22.864.740	8.335.948	8.335.948	0,0%	61,8%	8.335.948	61,8%	11.400.433	58,3%				
10	60.100	58.000	74.856	29,1%	97,6%	74.856	97,6%	40.000	66,6%				
12	6.475.500	2.219.903	2.219.903	0,0%	34,3%	2.219.903	34,3%	2.000.000	44,9%				
14	9.937.216	4.815.000	5.158.927	7,1%	48,4%	5.158.927	48,4%	3.668.000	54,7%				
Zwischen- ergebnis	107.329.439	63.895.135	59.802.852	-6,4%	55,7%	59.802.852	55,7%	36.282.737	49,8%				
07	162.981	162.981	162.981	0,0%	100,0%	162.981	100,0%	50.000	70,9%				
Gesamt- ergebnis	107.492.420	64.058.116	59.965.833	-6,4%	55,8%	59.965.833	55,8%	36.332.737	49,8%				

Anmerkungen der Ressorts zur Budgetierung

§ 6 LHG 2011

Berichtstermin: 31. Dezember 2011

Einzelplan 01 - Landtag

Personalausgaben:

Das Soll der Hauptgruppe 4 wurde im Personalbereich, d. h. in der Landtagsverwaltung, im Büro des Bürgerbeauftragten und beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit insgesamt eingehalten.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:

Das Soll der Obergruppen 51 bis 54 sowie der Obergruppen 81 und 82 wurde nicht überschritten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Die Personalausgabenentwicklung wird monatlich ermittelt und überwacht. Die entsprechenden Daten sind Grundlage für die weitere Personalplanung.

Die Ist-Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 – sächliche Verwaltungsausgaben – und der Obergruppen 81 und 82 – sächliche Investitionen – wurden regelmäßig überprüft und bei Bedarf steuernd eingegriffen.

Einzelplan 02 - Staatskanzlei und Ministerpräsident

Personalausgaben:

Das Personalausgabenbudget der Staatskanzlei wurde eingehalten. Diese Entwicklung wurde weitgehend durch eine restriktive und ausgabenorientierte Personal- und Ausgabenbewirtschaftung bestimmt.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Die Überwachung der Personalausgaben erfolgt monatlich. Dazu wurden folgende Übersichten erstellt:

- Hochrechnung der monatlichen Ist-Ausgaben unter ständiger Aktualisierung der Vorgaben und der Aufgaben- und Personalentwicklung.
- Überwachung der Ist-Ausgaben mittels Budgetierungsmodul.
- Monatliche Erfassung und Vergleich der Entwicklung der Zahlen für das aktive Personal und die Versorgungsempfänger.

Die so ermittelten Daten sind Grundlage für weitere Personalplanungen.

Einzelplan 02 - Landesvertretung

Personalausgaben und Personalentwicklung:

Das der Landesvertretung in den Kapiteln 02 21 bis 02 25 zur Verfügung stehende Personalausgabenbudget wurde eingehalten.

Die Ausgabenquote in den Kapiteln 02 21 bis 02 25 beträgt bei Einbeziehung der zugewiesenen Personalverstärkungsmittel und der für 2011 gebildeten Bonus-Reste 96,7 %.

Der Stellenbesetzungsgrad war, wie schon in den Vorjahren hoch, obwohl die Fluktuation im Rahmen des Abordnungsmodells in Berlin überdurchschnittlich war. Vakante Stellen wurden zeitnah nachbesetzt. Gleichwohl schlagen sich die Vakanzen - in Anbetracht des kleinen Personalkörpers - deutlich in der Ausgabenquote nieder.

Sächliche Verwaltungsausgaben:

Das Budget für Sachmittel wurde vollständig verausgabt.

Investitionsausgaben:

Die sächlichen Investitionen wurden überwiegend mit Bonus-Resten finanziert. Da ein Teil der geplanten Projekte auf 2012 verschoben wurde, beträgt die Ausgabequote nur 36 %.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Die Ist-Ergebnisse und der prognostizierte Jahresverlauf werden im Wesentlichen durch die Aufgaben bestimmt. Alle Ausgaben werden weiterhin in den jeweils erforderlichen Intervallen (wöchentlich, monatlich, usw.) auf der Grundlage der Ist-Ergebnisse - einschließlich der Festlegungen - hochgerechnet. Diese Berechnungen sind dann Grundlage für die weiteren Planungen. Teilbereiche werden kontinuierlich oder im Bedarfsfall im Rahmen eines Controllings einer genaueren Analyse und Planung unterzogen.

Der Budgetrahmen ist den Titelverwalter(inne)n vorgegeben und kann aufgrund der entsprechenden Zuweisungen in IRM@ ohne Einbeziehung des Haushaltsreferats nicht überschritten werden.

Voraussichtlich werden 2012 weitergehende Steuerungsmaßnahmen erforderlich werden, weil sich die Spielräume weiter verengt haben.

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur

Personalausgaben und Personalentwicklung:

Das dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur im Einzelplan 03 zur Verfügung stehende Personalausgabenbudget wurde im Haushaltsjahr 2011 eingehalten.

Die auf Vollzeit umgerechnete Zahl der Beschäftigten des Einzelplanes 03 belief sich im Dezember 2011 auf 14.799. Gegenüber dem Dezember 2010 entspricht dies einer Reduzierung um 71 Vollzeit-äquivalente.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:

Im Sach- und Investitionsausgabenbereich wurden die in den einzelnen Kapiteln der Obergruppen 51 bis 54 sowie 81 und 82 zur Verfügung stehenden Mittelkontingente infolge eines konsequenten und strengen Ausgabenverhaltens nicht überschritten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur hat im Zuge der Haushalts- und Wirtschaftsführung 2011 den nachgeordneten Dienststellen mitgeteilt, dass neben den im Rahmen der Kassenanschläge zugewiesenen Haushaltsmitteln im Jahresverlauf keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden können.

Für die Einhaltung der Einzelbudgets sind somit die jeweiligen personal- bzw. mittelbewirtschaftenden Stellen selbst verantwortlich. Die Dienststellen haben im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die zugewiesenen Budgets nicht überschritten werden.

Zur Ergänzung der Überwachungsmechanismen vor Ort werden den Dienststellen in Bezug auf das monatliche Personalausgabencontrolling das vom Ministerium der Finanzen bereitgestellte Personalausgabenbudgetierungsmodul (PAB) sowie die Personalausgabendatenbestände „RP Budget“ zur Verfügung gestellt.

Die Dienststellen sind angehalten, sich abzeichnende oder eingetretene Budgetüberschreitungen unverzüglich dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur mitzuteilen.

Im Bereich der Personalausgaben, die im Einzelplan 03 den größten Ausgabenblock bilden, erfolgt zusätzlich vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur eine monatliche Kontrolle der sich bei den Dienststellen abzeichnenden Ausgabenentwicklung.

Mit Blick auf die gebotene Zurückführung der Zahlfälle wurde wie in den Vorjahren eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre für freie und frei werdende Stellen verfügt, wobei Ausnahmen nur in besonders begründeten Fällen zugelassen worden sind. Dieses Verfahren hat sich bewährt und wird für die Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2012 beibehalten.

Einzelplan 04 – Ministerium der Finanzen

Personalausgaben:

Die Ausschöpfung des Personalausgabenbudgets 2011 liegt aufgrund restriktiver Personalbewirtschaftungsmaßnahmen bei rd. 97,2 %. Das Jahres-Ist beläuft sich auf rd. 380,5 Mio. € und liegt damit ca. 10,8 Mio. € unter dem Gesamtbudget von ca. 391,4 Mio. €. Die Prognose zum 31.07.2011 hat sich damit bestätigt.

Personalentwicklung:

Die Zahl der Beschäftigten in Vollzeit ist von rd. 7.008 (unter Berücksichtigung der Altersteilzeitauswirkungen) im Dezember 2010 auf 6.999 im Dezember 2011 zurückgegangen.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:

Durch eine sparsame und wirtschaftliche Haushalts- und Wirtschaftsführung konnten bei den Sachausgabenbudgets rd. 3,1 Mio. € (Vorjahr rd. 3,0 Mio. €) eingespart werden (Soll 2011: 51,1 Mio. € / vorl. Ist 2011: 48,0 Mio. €). Davon sind noch rd. 1,5 Mio. € auf die Bewirtschaftungsbeschränkung 2011 anzurechnen.

Die Budgets der investiven Ausgaben (Hauptgruppe 7 und Obergruppen 81 und 82) konnten ebenfalls eingehalten und Minderausgaben in Höhe von 2,3 Mio. € erwirtschaftet werden (Soll 2011: 5,1 Mio. €; vorl. Ist 2011: 2,8 Mio. €). Davon entfallen noch rd. 0,3 Mio. € auf die Bewirtschaftungsbeschränkung 2011.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Die Ist-Ausgaben der einzelnen Ausgabearten im Rahmen der deckungsfähigen Budgets werden monatlich auf die voraussichtlichen Jahresergebnisse hochgerechnet. Das Ergebnis wird mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln abgeglichen.

Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Personalausgaben:

Das im Einzelplan für das Haushaltsjahr 2011 zur Verfügung stehende Personalausgabenbudget ist eingehalten worden. Die Ausgaben in der Hauptgruppe 4 liegen im Berichtszeitraum um rd. 10,28 Mio. € über denen des Vorjahres. Zum überwiegenden Teil (rd. 8 Mio. €) beruht das auf den in 2011 wirksam gewordenen Tarifierhöhungen bei Bezügen, Entgelten und Versorgungsausgaben, ist zudem jedoch auch durch den (erwarteten) Zahlfallanstieg bei den Ausgaben für Versorgungsbezüge sowie durch erhöhte Ausgaben bei den Beihilfeaufwendungen im Versorgungsbereich bedingt. Deutlich unterschritten worden ist der Ansatz bei den Ausgaben für Vollstreckungsbeamte. Gegenüber dem Vorjahr haben sich auch die Beihilfeausgaben für aktive Bedienstete vermindert. Insgesamt liegen die Ist-Ausgaben um rd. 5,7 Mio. € unter dem Soll für das Haushaltsjahr 2011.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:

Das Gesamtbudget in den Obergruppen 51 bis 54 musste ebenfalls nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden. Auch der verfügbare Ansatz in den Obergruppen 81 und 82 war auskömmlich. Die ausgebrachten globalen Minderausgaben in Höhe von rd. 3,3 Mio. € konnten erwirtschaftet werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Die Ausgabenbudgets werden durch monatliche Kontrollen der Ausgabenentwicklung und Hochrechnungen überwacht, die auf der Basis der jeweiligen Ist-Ausgaben und unter Berücksichtigung des zu erwartenden weiteren Ausgabenverlaufs erstellt werden.

Einzelplan 06 – Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Die dem Einzelplan 06 zur Verfügung stehenden Budgets zur Finanzierung der in § 6 Abs. 1 LHG 2011 genannten Bereiche konnten eingehalten werden.

Personalausgaben und Personalentwicklung:

Die Summe der Personalausgaben der Gruppen 422 und 428 (aktive Beschäftigte) liegt um rund 1,88% (1,27 Mio. €) über der Summe im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Gesamtausgaben der Hauptgruppe 4 liegen im prognostizierten und finanzierten Rahmen.

Insgesamt zeigen die geschilderten Entwicklungen, dass das MSAGD das Personalausgabenbudget bedarfsgerecht, sparsam und effizient bewirtschaftet.

Im Vergleich zum Dezember 2010 (rd. 1.416) haben sich die Zahlfälle zum Dezember 2011 (rd. 1.412) leicht verringert.

Sächliche Verwaltungsausgaben:

Die Budgets der Obergruppen 51 - 54 konnten eingehalten werden.

Die Ausgaben der vorgenannten Obergruppen sind gegenüber den vergleichbaren Ausgaben im Vorjahreszeitraum um rd. 2,0% gestiegen und bewegen sich im vorhergesehenen haushaltssicheren Trend.

Investitionsausgaben:

Die Budgets der Obergruppen 81 und 82 konnten eingehalten werden.

Die Ausgaben für Investitionen sind nicht mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Im Jahr 2010 waren außerplanmäßige Ausgaben im Rahmen der Pandemiebekämpfung angefallen.

Insgesamt haben sich die Instrumente der flexiblen Haushalts- und Wirtschaftsführung zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit bewährt.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Die bewährte Praxis der Zuteilung dezentraler Einzel-Budgets an die örtlichen Dienststellen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung mit der Verpflichtung zur Einhaltung des Budgetrahmens und zur Vorsorge für erwartete oder unvorhergesehene finanzielle Belastungen (z. B. strukturell bedingte Mehraufwendungen, Beihilfen) wurde in 2011 fortgeführt. Die Personalausgabenbudgets der Dienststellen wurden durch Zusammenführen der Ausgaben der Hauptgruppe 4 (für den Aktiven und den Versorgungsbereich) des jeweiligen Dienststellenkapitels und der Ausgaben für die Abführung an den Finanzierungsfonds gebildet und von den Mittelbewirtschaftern budgetverantwortlich gesteuert.

Die unter vorstehenden Punkten beschriebenen Ist-Ergebnisse belegen die Richtigkeit und Zielgerichtetheit des dezentralen Ausgabenmanagements.

Die in den bisherigen Berichten genannten Steuerungsmaßnahmen werden weitergeführt. Hierzu zählen monatliche Analysen und Hochrechnungen auf der Grundlage der Ist-Ausgaben und Bedarfsabschätzungen unter Heranziehung von Vorjahresvergleichen und unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung sowie des Jahres-Ausgabenvolumens.

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Wie in den Vorjahren wurden auch die Titelgruppen wieder in den Budgetbericht mit eingerechnet, bei denen die allgemeine Deckungsfähigkeit nach den haushaltsgesetzlichen Bestimmungen keine Anwendung findet. Der Bericht beinhaltet noch den „alten“ Ressortzuschnitt des Einzelplans 08.

Personalausgaben und Personalentwicklung:

Das Gesamtbudget für den Einzelplan 08 wurde eingehalten.

Im ersten Halbjahresbericht 2011 wurden Ausgaben zum 31.12.2011 in Höhe von 144.255.006 € prognostiziert. Tatsächlich sind Ist-Ausgaben zum 31.12.2011 in Höhe von 146.844.518 € geleistet worden. Trotz der Tarif- und Besoldungserhöhung von 1,5 % und strukturellen Veränderungen, stiegen die Ist-Ausgaben von 2010 in Höhe von 144.156.709 € zu den Ist-Ausgaben 2011 um lediglich 1,9 %.

Die Ist-Ausgaben liegen um 4,6 % unter dem Soll für 2011. Unter Berücksichtigung der Zuführungen und Inabgangstellungen und der Haushaltsmittel für die Tarif- und Besoldungserhöhung in Höhe von ca. 2,7 Mio. €, ergibt sich eine Ausgabeermächtigung für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 153.927.090 €. Dieser stehen Ist-Ausgaben in Höhe von 146.844.518 € gegenüber. Neben der Bewirtschaftungssperre in Höhe von über 3,06 Mio. € konnten weitere Minderausgaben in Höhe von rd. 7.082.572 € verzeichnet werden.

Sächliche Verwaltungsausgaben:

Das Gesamtbudget für den Einzelplan 08 wurde eingehalten.

Die Ausgabenentwicklung verlief grundsätzlich wie bereits in den vergangenen Jahren und beinhaltet keine große Abweichung. Die Ist-Ausgaben liegen um 2,7 % leicht über dem prognostizierten Soll. Durch eine restriktive und sparsame Haushaltsführung konnten in diesem Bereich insgesamt über 18,128 Mio. € (siehe Spalte „Einsparungen“ und „Minderausgaben“) zur Erbringung der Bewirtschaftungssperre und der globalen Minderausgaben eingespart werden.

Die bei verschiedenen Kapiteln beim Titel 549 01 veranschlagten globalen Minderausgaben in Höhe von insgesamt 27.113.800 € wurde im Haushaltsvollzug bei den einzelnen Kapiteln des Einzelplans 08 in den Hauptgruppen 4 bis 8 erwirtschaftet, so dass der bei diesen Kapiteln ausgewiesene Ansatz für das Jahr 2011 entsprechend erhöht wurde.

Investitionsausgaben:

Das Budget der Obergruppen 81 und 82 konnte ebenfalls eingehalten werden.

Auch in diesem Bereich konnten Einsparungen in Höhe von über 355.000 € (siehe Spalte „Einsparungen“ und „Minderausgaben“) erwirtschaftet werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Zu Hauptgruppe 4:

In die Prognose zum 31.07.2012 wurden alle den weiteren Jahresverlauf der Ist Ausgaben wesentlich bestimmenden Faktoren (z.B. Tarif- bzw. Besoldungserhöhung, Ruhestandsversetzungen, Altersteilzeit) mit einbezogen.

Die kapitelweise Budgeteinhaltung wird durch entsprechende Bewirtschaftungsmaßnahmen sichergestellt. Hierzu werden freiwerdende Stellen wenn möglich nicht oder, wenn eine Besetzung zwingend erforderlich ist, zeitlich verzögert nachbesetzt.

Zu Hauptgruppen 5 bis 8:

Die Prognosen aus dem 1. Halbjahresbericht 2011 sind - in Bezug auf das geplante Soll und dem späteren Ist zum 31.12.2011 - mit kleineren Abweichungen eingehalten worden. So liegen die Abweichungen zwischen dem Ist und dem geplanten Soll bei den Obergruppen 51 bis 54 mit einem Volumen von rd. 166,4 Mio. € bei 2,7 %. Bei der Obergruppe 81 und 82 mit einem Volumen von 2,5 Mio. € liegt die Abweichung bei lediglich - 1,3 %.

Den Dienststellen wurde zu Beginn des Jahres die eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Haushaltsmittel der Hauptgruppen 5 bis 8 für ihre Kapitel übertragen. Gleichzeitig wurde den Verantwortlichen die auf ihren Teil entfallende globale Minderausgabe mitgeteilt und nach deren Aufteilung auf die jeweiligen Titel innerhalb des Kapitels entsprechend gesperrt. Durch diese Eigenverantwortlichkeit können die Betroffenen vor Ort schnell und flexibel auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren und durch eine restriktive und sparsame Ausgabentätigung das ihnen zugewiesene Budget einhalten. Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich die dezentrale und flexible Mittelbewirtschaftung bewährt hat.

Wie der Jahresabschluss zeigt, konnten die kapitelbezogenen Budgets in allen Bereichen - wie schon in den Vorjahren - eingehalten werden.

Vor diesem Hintergrund sind zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Maßnahmen vorgesehen.

Steuerungsinstrumente:

Im Ministerium wird als Instrument zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes ein mit Excel entwickeltes DV-Verfahren eingesetzt. Basierend auf den Ist-Ausgaben wird damit die Mittelkontrolle sichergestellt und die Erstellung von Prognosen durchgeführt. Zusätzlich wird eine Kontrolle mittels des Programms „PAB“ (Personalausgabenbudgetierung) durchgeführt.

Durch den Einsatz des Mittelbewirtschaftungssystems IRMA wurde der Mitteleinsatz und die Kontrolle wesentlich verbessert, so dass das Risiko der Überschreitung des zugewiesenen Ausgabevolumens minimiert werden konnte.

Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Anmerkungen

1. Die Haushaltsansätze der Hauptgruppen 4 der Schulkapitel 09 19 bis 09 35 sind gem. verbindlichem Haushaltsvermerk gegenseitig deckungsfähig, mit Ausnahme der im Kapitel 09 19 für den Schulbereich zentral veranschlagten Ausgaben für Versorgung und Beihilfen, die ihrerseits mit den im Kapitel 09 02 etatisierten Ausgaben für Versorgung und Beihilfe für deckungsfähig erklärt worden sind. Ebenso sind die diesbezüglichen Ausgaben der Kapitel 09 02 und 09 10 gegenseitig deckungsfähig.
2. Die kleineren Personalausgabepositionen des Kapitels 09 03 werden in diesem Bericht mit erfasst. Im Rahmen der Organisationsänderung sind diese Mittel nunmehr dem MIFKJF zur Bewirtschaftung zugewiesen. Das Kapitel 09 03 wurde im Doppelhaushalt 2012/2013 nach Kapitel 07 05 umgesetzt.
3. Die Darstellung des Berichtes erfasst nicht die Hochschulen mit Globalhaushalt, lediglich die kameral buchenden Hochschulen.

Personalausgaben:

Der Haushaltsansatz von 3.068.406.800 € entwickelte sich unter Berücksichtigung von Zuführungen (z.B. Personalverstärkungsmittel) und Inabgangstellungen, von Einnahmekopplungen, Drittmitteln, Deckungsfähigkeiten – auch nach den Vorschriften des § 6 Landshaushaltsgesetzes i.V.m. § 37

Anlage 6

LHO – zu einem Haushaltssoll von 3.125.232.835 €. Das Ist-Ergebnis zum 31.12.2011 betrug 3.124.893.967 €. Das Ergebnis entspricht einer „Sollausschöpfung“ von 99,989%. Damit hat sich das Ergebnis gegenüber dem Budgetbericht zum 31.07.2012 deutlich verbessert. Insbesondere durch einen etwas degressiveren Ausgabenverlauf bei Versorgung und Beihilfe, aber auch durch die im Zusammenhang mit dem Bestreben, die Ausgaben bei den Vertretungsmitteln zu begrenzen, ergriffenen Maßnahmen. Wir befanden uns im Frühjahr 2011 vor der Situation, dass die Ausgaben für Vertretungslehrer ohne Gegensteuerung ein nicht mehr zu verkraftendes Niveau erreicht hätten. Vor diesem Hintergrund hat das MBWWK im Frühjahr die Entscheidung über die Vergabe von Vertretungsverträgen übergangsweise an sich gezogen, das Verfahren einer Überprüfung unterzogen und sodann die Schulaufsicht in die Lage versetzt, die notwendigen Vertretungsverträge zu schließen. Hierbei stellt das MBWWK die notwendigen Ressourcen als Budget so genannter „Vertretungsmonate“ zur Verfügung. Damit wurden erste Schritte zum Aufbau einer wirksameren Steuerung der Vertretungsmittel eingeleitet. Ministerium und ADD haben es sich zur Aufgabe gemacht, ein nachhaltiges Controlling in diesem Bereich zu etablieren und anzuwenden. Dieses Instrument ist einsatzbereit und wird weiter evaluiert.

Zusätzlich wurde zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 mit dem sog. Vertretungspool (Planstellen, die für langfristige Vertretungsgründe wie Elternzeitvertretungen verwendet werden sollen) ein neues Instrumentarium erprobt. Dieser Vertretungspool umfasste 100 Planstellen zum 01.08.2011; weitere 100 Planstellen werden zum 01.02.2012 von der Schulaufsicht besetzt.

Personalentwicklung:

Der große Personalbestand „Schule“ unterliegt seit dem letzten Budgetbericht insbesondere folgenden Bewegungen:

- Eintritt in die Versorgung zum 1.8.2011,
- Nachbesetzungen von Stellen zum Schuljahresbeginn unter Berücksichtigung des schülerbezogenen Lehrerberarfs, der Wirkungen der Schulstrukturreform sowie der einsetzenden Verkleinerung der Klassen,
- Nachbesetzungen auch für die in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gewechselten Lehrkräfte,
- Aufwuchs bei den Studienseminaren durch weitere Ausschöpfung der Kapazitäten.
- neue Altersteilzeitfälle,
- weiterer Aufbau des Ganztagschulprogramms sowie
- Wirkungen der Schulstrukturreform.

Nachbesetzungen und Neubesetzungen bei der ADD und dem pädagogischen Landesinstitut werden nur dann vorgenommen, wenn sie sachlich geboten sind. In den Bereichen Hochschule und Kultur erfolgt die Besetzung der Stellen im Rahmen des vorgegebenen Budgets unter Berücksichtigung der Hochschulspezifika.

Sächliche Verwaltungsausgaben:

Die Haushaltsansätze 2011 betragen 104.311.900 € (ohne globale Minderausgabe). Unter Berücksichtigung von Zuführungen und in Abgang Stellungen ergibt sich nach derzeitiger Erkenntnis ein Haushaltssoll (Ausgabenermächtigung) von 147.901.307 €. Das Ist-Ergebnis beträgt 123.033.357 €. Damit wurden 24.867.951 € nicht verausgabt, bzw. das verfügbare Soll zu 83,2 % ausgeschöpft.

Investitionsausgaben:

Das verfügbare Haushaltssoll in den budgetierten Bereichen der HG 8 in Höhe von 13.493.807 € wurde ebenfalls erwartungsgemäß nicht ausgeschöpft. Ausgegeben wurden 8.335.948 € bzw. 61,8%. In der Hauptgruppe 7 wurden im Haushaltsjahr 2011 insgesamt 480.290 € ausgegeben.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Das überarbeitete Budgetierungsmodul wird für den Einzelplan 09, den größten Personalkörper des Landes, als Kontroll- und Vergleichsinstrument zu den eigenen Berechnungen eingesetzt.

Seitens des Ressorts wurden u.a. Dateien entwickelt, die notwendiges Zahlenmaterial, wie Haushaltssoll und aktuelle Ist-Ausgaben, aus der vom Finanzministerium bereitgestellten Datei FM Kasse beziehen. Derzeit werden folgende Dateien genutzt:

- Datei FM Kasse.XLS,
- Datei Personal.XLS,
- Budgetierungsdatensatz,
- Stellenbewirtschaftungsprogramm Schule,
- Zahlfall- und Ausgabendateien 1996-2010.

Ein einheitliches Personalverwaltungssystem – IPEMA – wird derzeit entwickelt.

Einzelplan 10 – RechnungshofPersonalausgaben und Personalentwicklung:

Im Haushaltsjahr 2011 wurden 2,36 Mio. € des Personalausgabenbudgets nicht in Anspruch genommen.

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofs ist im vergangenen Halbjahr geringfügig gestiegen. Dem Abgang von vier Bediensteten standen fünf Einstellungen gegenüber. Der Personalbestand hat sich zu Beginn des Jahres 2012 mit der Einstellung von acht Beamten und Beamtinnen sowie einer Beschäftigten weiter deutlich erhöht. Lediglich eine Beschäftigte ist aus dem Dienst ausgeschieden. Aus drei aktuell laufenden Stellenbesetzungsverfahren werden weitere Zugänge erwartet.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:

Bei den Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 529 und 531) sowie 81 und 82 kam es zu geringen Budgetüberschreitungen. Der Mehrbedarf entstand insbesondere aufgrund der Umsetzung diverser IT-Projekte sowie bei den Reisekostenvergütungen, beim Geschäftsbedarf und im Bereich der Aus- und Fortbildung.

Aufgrund der zahlreichen Neueinstellungen hat der Ansatz für die Zuführungen an den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung ebenfalls nicht ausgereicht. Entsprechend der bisherigen Praxis hat sich der Rechnungshof Rheinland-Pfalz auch in diesem Jahr auf freiwilliger Basis an der Bewirtschaftungsvorgabe für die Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 nach Nr. 2.1 der Verwaltungsvorschrift zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im Haushaltsjahr 2011 beteiligt.

Die Mehrausgaben, die über die zur Bewirtschaftung freigegebenen bereinigten Ausgaben hinausgehen, können durch die Minderausgaben bei der Hauptgruppe 4 gedeckt werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:

Über die sparsame und wirtschaftliche Inanspruchnahme der erteilten Ausgabeermächtigungen hinausgehende besondere Organisations- und Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie Instrumente zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 529 und 531) sowie 81 und 82 sind für das Haushaltsjahr 2011 nicht erforderlich geworden. Die Steuerung der Ausgaben der Hauptgruppe 4 erfolgt über eine mittelfristige Personalplanung mit entsprechenden Modellrechnungen auch mit Hilfe des Moduls zur Personalausgabenbudgetierung.

Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und ForstenPersonalausgaben:

Die Ist-Ausgaben zum 31.12.2011 belaufen sich auf rd. 98,38 Mio. €. Aufgrund der Tarif-, Besoldungs- und Versorgungserhöhung wurden die veranschlagten Personalausgaben (Ansatz 2011) um rd. 0,78 Mio. € überschritten. Zum Ausgleich standen Personalverstärkungsmittel zur Verfügung. Im Vergleich zur Prognose zum 31.12.2011 ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 2,18 Mio. €. Diese sind insbesondere zurückzuführen auf die restriktive Personalausgabenbewirtschaftung und die anhaltend günstige Lage bei Tierseuchen. Insoweit sind geringere Personalnebenkosten entstanden.

Die Prognoserechnungen zum 31.07.2012 können nur auf einer vorläufigen Datenbasis erfolgen, da die bis zum 01.01.2012 eingetretenen Auswirkungen aus der Organisationsänderung der Landesregierung noch nicht vollständig in den von der OFD-ZBV bereitgestellten Daten berücksichtigt sind. Es wurde daher eine differenzierte Prognose auf Grund von Soll-Werten und Ist-Werten erstellt. Insofern können Abweichungen von den geschätzten Werten nicht ausgeschlossen werden.

Sächliche Verwaltungsausgaben:

Gegenüber den zum 31.12.2011 erwarteten Ausgaben von rd. 33,1 Mio. € wurden Ist-Ausgaben in Höhe von rd. 34,8 Mio. € nachgewiesen. Zum 31.12.2011 betrug die Inanspruchnahme der Ausgabeermächtigung 55,7 v.H. Bezogen auf die veranschlagten Ausgaben wurde eine Ausgabenquote von rd. 93,8 v.H. erreicht. Die Differenz Soll 2011 zu prognostizierten Ausgaben zum 31.12.2011 ist u.a. zurückzuführen auf Ausgabereste aus zweckgebundenen Einnahmen, die nur zeitversetzt in Anspruch genommen werden, auf offene Forderungen, die Finanzierung mehrjähriger komplexer Projekte, Reserven für unvorhergesehene Bedürfnisse sowie zum Ausgleich von Kosten- und Preissteigerungen. In Kapitel 14 02 werden die Mittel in Abhängigkeit von dem jeweiligen Projektfortschritt kassenwirksam. Aus dem Mittelabfluss kann daher nicht auf die tatsächliche Belastung geschlossen werden. Ein Teil der zum 31.12.2011 verbliebenen Ausgabereste wird in andere Einzelpläne zu übertragen sein.

Investitionsausgaben:

Die Ist-Ausgaben im Bereich der Hauptgruppe 7 zum 31.12.2011 belaufen sich auf rd. 32,4 Mio. € und damit rd. 38 v.H. der Ausgabeermächtigung. Im Vordergrund stehen der Bau von Retentionsräumen sowie die Verstärkung von Deichen an Gewässern I. Ordnung. Der weitere Mittelabfluss ist jedoch immer abhängig von Faktoren wie z.B. erreichtem Baurecht, Fortschritt der Baumaßnahmen, Entwicklung der Baupreise, Mittelabruf der beauftragten Unternehmen einschließlich der Prüfung dieser Anforderungen. Die nicht abgeflossenen Mittel sind in der weiteren Projektfinanzierung gebunden.

Zum Stichtag 31.12.2011 sind für sächliche Investitionen (Obergruppen 81 und 82) Ausgaben in Höhe von rd. 5,16 Mio. € angefallen. Die veranschlagten Ausgaben sind vollständig in Anspruch genommen worden.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 03 22 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Vermessungs- und Katasterverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Strukturierte Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Seit dem Jahr 2005 liegt neben der Liegenschaftsbeschreibung auch die Liegenschaftskarte landesweit flächendeckend als digitaler Datenbestand vor (Automatisierte Liegenschaftskarte - ALK). Mit der zunehmenden Verwendung dieser Geobasisinformationen in graphischen Informationssystemen anderer Fachdisziplinen steigen die Anforderungen an deren inhaltliche und geometrische Qualität. Zunehmend wird dabei jedoch festgestellt, dass das Liegenschaftskataster diesen gesteigerten Erwartungen in Teilbereichen nicht entspricht. Unzulänglichkeiten werden insbesondere dann sichtbar, wenn die aus der Liegenschaftskarte ermittelte Flurstücksfläche nicht mit der "amtlichen Fläche" in der Liegenschaftsbeschreibung übereinstimmt. Ursache sind dabei größtenteils historisch bedingte Mängel einer in Teilen fast 200 Jahre alten Vermessungsgrundlage. Auf wirtschaftliche Art und Weise sollen in den nächsten 15 Jahren gemarkungsweise - vorrangig in den bebauten Bereichen und den landwirtschaftlich genutzten Flächen - die Ursachen für die Mängel untersucht und bereinigt werden. Die Qualität des Liegenschaftskatasters soll mit diesem Leistungsauftrag landesweit an den technischen und rechtlichen Anspruch der Kunden an die Geobasisinformationen herangeführt werden. Von 2009 bis zum Jahr 2023 sollen 1.055 der ca. 3.000 Gemarkungen des Landes untersucht und bereinigt werden. Eine jährliche Leistung von 100 Gemarkungen bis 2013, 75 Gemarkungen daran anschließend bis 2017 und 50 Gemarkungen daran anschließend bis 2023 wird angestrebt.

Ziel:	Gemarkungen	Zeit	Beginn	Ende
	rd. 1.055	15 Jahre	01.01.2009	31.12.2023

Mengen											
Bereinigte Gemarkungen Haushalt 2010	178	205	234	29	14,1%	255	225	-30	-11,8%	330	▶

Erläuterung:

Insbesondere aufgrund der bisher noch nicht vollständig verfügbaren Funktionen des neuen ALKIS-Systems waren verringerte Arbeitsergebnisse zu verzeichnen. Zusätzlich führte ein Programmversionswechsel im Berichtszeitraum zur verzögerten Bearbeitung. Der Istwert zum 31.12.2011 ist gegenüber dem zum 31.07.2011 niedriger, da einige Gemarkungen nach einer Qualitätssicherung überarbeitet werden müssen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Aufbau eines digitalen Oberflächenmodells für Rheinland-Pfalz

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Die Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens modellieren bisher grundsätzlich die dreidimensionale Ausformung der Erdoberfläche in Form eines gleichmäßigen Punktrasters mit Höheninformationen (Digitales Geländemodell - DGM). Differenzierte Fachanwendungen aus den Bereichen Raumordnung und Landesplanung, Bauleitplanung und städtebauliche Entwicklungsplanung oder Umwelt- und Hochwasserschutz erfordern zunehmend ein Digitales Oberflächenmodell (DOM), das präzise dreidimensionale Informationen über die höhenmäßige Ausformung der Erdoberfläche einschließlich der auf ihr befindlichen Gebäude und topographischen Objekte liefert. Das über Laserscanning-Verfahren erhobene DOM wird im Hochwasserschutz, in der Archäologie und der Denkmalpflege, für die Simulation von Immissionen (Lärm, Luft) und Bodenerosionen (Cross Compliance), in der Tourismusbranche und in der Wirtschaftsförderung, im Katastrophenschutz (Rettungsdienste), in der Navigationstechnik und in der Telekommunikation benötigt. Das DOM soll in den kommenden zehn Jahren sukzessive entsprechend den Anforderungen der Kunden flächendeckend aufgebaut werden. Der Aufbau des DOM soll von 2009 bis zum Jahr 2019 erfolgen. Eine jährliche Leistung von 2.000 km² bis zum Jahr 2011 und anschließend von 1.750 km² wird angestrebt.

Ziel:	km ²	Zeit	Beginn	Ende
	ca. 20.000	11 Jahre	01.01.2009	31.12.2019

Mengen											
Fertiggestelltes DOM in km ²	4.200	5.000	6.000	1.000	20,0%	6.000	9.255	3.255	54,3%	6.875	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Ausbau der Geodateninfrastruktur Rheinland-Pfalz

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Die Verfügbarkeit von Geodaten nimmt bei der Aktivierung von Wertschöpfungsketten in Verwaltung und Wirtschaft, aber auch als Informationsquelle für die Bürgerinnen und Bürger eine herausragende Rolle ein. Deshalb sollen möglichst alle geo-relevanten Fachdaten der behördlichen und kommunalen Stellen in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den Geobasisinformationen der VermKV im Internet bereitgestellt werden. Dies insbesondere unter dem zeitlichen Fokus der Umsetzungspflichtung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE). Neben Internetdiensten, die dem Kunden die Recherche und das Darstellen und Betrachten von digitalen Karten und Daten erlauben, sollen weitergehende Funktionalitäten wie das Einbinden von Kartendiensten und der Download von Fachinformationen unmittelbar über das Internet zur Verfügung gestellt werden. Es ist das Ziel dieses Leistungsauftrags, durch intensive Beratung und Unterstützung der ca. 250 geodatenhaltenden Stellen bei Kommunen und Landesverwaltungen auf allen Ebenen die Anzahl der Dienste anbietenden Stellen in den nächsten sechs Jahren entsprechend zu erhöhen.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 03 22 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Vermessungs- und Katasterverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag 2)
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Mengen											
Diensteanbieter (Anzahl)	87	120	82	-38	-31,7%	140	82	-58	-41,4%	160	▼

Erläuterung:

Die verschiedenen Geodaten verarbeitenden Stellen nutzen aus finanziellen, personellen oder strategischen Gründen nicht die Möglichkeit zur Bereitstellung ihrer Geodaten als Kartendienste im GeoPortal.rlp. Geeignete Rahmenbedingungen zum Scannen und Georeferenzieren kommunaler Pläne sind zwar vorhanden und die zentrale Stelle GDI-RP unterstützt und berät die Geodaten verarbeitenden Stellen. Teilweise sahen aber diese die Notwendigkeit zur Metadatenerfassung und -bereitstellung (INSPIRE) nicht. Aufgrund fehlender, hinsichtlich der Metadaten zugesicherter Datenlieferungen können derzeit ca. 90 kommunale Dienste nicht im GeoPortal.rlp bereit gestellt werden. Auch bestehen hinsichtlich der betroffenen Geodaten vielfältige Verantwortlichkeiten zwischen den kommunalen Stellen, die tlw. weiter delegiert sind. Diese Entwicklung beeinflusst die Leistungsmengen und war in der Vergangenheit nicht absehbar.

Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Kommunikation zwischen der zentralen Stelle GDI (Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation) und den Vermessungs- und Katasterämtern mit den Geodaten verarbeitenden Stellen soll im Hinblick auf die Notwendigkeit und den Nutzen einer Bereitstellung von GeoWebdiensten weiter intensiviert werden. Ein Kartendienst im GeoPortal.rlp visualisiert die Auftragsabwicklung mit dem Ziel, das Einbringen der eigenen Leistungen der Geodaten verarbeitenden Stellen motivierend zu unterstützen. Durch die Cluster bei Schwerpunktämtern wird eine dezentrale und kundennahe Arbeitsabwicklung weiterhin vollzogen. Die regionalen GDI-Berater werden bei regelmäßigen Treffen über die aktuellen Entwicklungen der GDI informiert.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltungsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 04 04 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Steuerverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010 1)	Planwert zum 31.07.2011 1)	Istwert zum 31.07.2011 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011 1)	Istwert zum 31.12.2011 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognosewert zum 31.07.2012 1)	Zielerreichung zum Berichtstag 2) ▲▶▼
--------------------------------	------------------------------	-------------------------------	------------------------------	------------------	----------------------	---	------------------------------	------------------	----------------------	-----------------------------------	---

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Finanzämter in Rheinland-Pfalz (bisher sind nur "Kernaufgabenbereiche" erfasst)

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Kennzahlen aus dem Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern.

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010 1)	Planwert zum 31.07.2011 1)	Istwert zum 31.07.2011 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011 1)	Istwert zum 31.12.2011 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognosewert zum 31.07.2012 1)	Zielerreichung zum Berichtstag 2) ▲▶▼
Veranlagungsstelle (ohne Körperschaften)											
Durchschn. Mehrergebnis pro Erstveranlagung in €	162 €		165 €								
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Fälle unter 100 €	15,3%	14,0%	15,8%	1,8%	13%	15,0%	17,0%	2,0%	13%	15,0%	▲
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	47,5	56,0	53,1	-2,9	-5%	57,0	49,2	-7,8	-14%	60,0	▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	56,3%	17,0%	15,7%	-1,3%	-8%	56,0%	56,7%	0,7%	1%	15,0%	▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen vorletzter Veranlagungszeitraum	98,1%	88,0%	89,1%	1,1%	1%	98,0%	98,5%	0,5%	1%	88,0%	▲
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuer-/Feststellungsbescheid Teilbezirk	193,3		167,4			-	196,8				
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuer-/Feststellungsbescheid	132 €		114 €			-	133 €				
Einspruchsquote	5,0%		4,7%			-	3,7%				
Altfallquote Einsprüche (Veranlagung) > 12 Monate	10,7%	10,0%	10,2%	0,2%	2%	10,0%	9,2%	-0,8%	-8%	10,0%	▲
Arbeitnehmerstelle											
Durchschn. Mehrergebnis pro Erstveranlagung in €	66 €		62 €			-					
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Fälle unter 100 €	10,7%	12,0%	10,6%	-1,4%	-12%	13,0%	11,4%	-1,6%	-12%	10,0%	▶
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	32,9	43,0	44,7	1,7	4%	40,0	40,7	0,7	2%	52,0	▶
Anteil erledigter Antragsveranlagungen an eingegangenen Erklärungen letzter Veranlagungszeitraum	98,1%	83,0%	76,6%	-6,4%	-8%	97,0%	97,8%	0,8%	1%	75,0%	▲
Anteil erledigter Pflichtveranlagungen an zu erwartenden Pflichtveranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	74,4%		35,4%			-	86,7%				
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuerbescheid Arbeitnehmerstelle	98,9		58,6			-	104,3				
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuerbescheid Arbeitnehmerstelle	65 €		39 €			-	69 €				
Einspruchsquote	3,7%		2,9%			-	3,6%				
Altfallquote Einsprüche (ANSt) > 6 Monate	7,1%	10,0%	4,5%	-5,5%	-55%	10,0%	5,7%	-4,3%	-43%		▲
Körperschaftsteuerstelle											
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	50,0	60,0	58,8	-1,2	-2%	65,0	45,1	-19,9	-31%	60,0	▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	51,4%	10,0%	10,7%	0,7%	7%	50,0%	49,9%	-0,1%	0%	10,0%	▶
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen vorletzter Veranlagungszeitraum	98,2%	88,0%	92,3%	4,3%	5%	97,0%	98,3%	1,3%	1%	88,0%	▲
Fortbildung der Bediensteten											
Zahl der Veranstaltungen	1.847		430			-	1.271				
davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	53		8			-	46				
davon Fremdsprachliche Fortbildung	5		0			-	2				
Zahl der Teilnehmer/-innen	14.688		4.108			-	18.583				
davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	133		17			-	419				
davon Fremdsprachliche Fortbildung	25		0			-	32				
Anzahl der Fortbildungstage	27.202		8.549			-	28.699				
davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	300		34			-	507				
davon Fremdsprachliche Fortbildung	107		0			-	96				

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 05 04 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag 2)
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugs- und Jugendstrafanstalten haben den gesetzlichen Auftrag zur Beschäftigung der Gefangenen zu erfüllen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Sicherung und Steigerung der Beschäftigungslage der Gefangenen, Verbesserung von Produktivität der Arbeitsbetriebe und deren Gewinnerzielung

Beschäftigte Gefangene [Anzahl]	1.641	1.615	1.773	158	9,8%	1.777	1.875	98	5,5%	1.824	▲
Überschussentwicklung / Gewinnerzielung [EUR]	2.721.565	1.277.750	-10.500	-1.288.250	-100,8%	867.112	1.434.752	567.640	65,5%	-109.800	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Anzahl der beschäftigten Gefangenen konnte im Vergleich zum Planwert um 5,5% gesteigert werden.

Die prognostizierte Überschussentwicklung wurde um 65,5% übertroffen, da einige Eigen- und Unternehmerbetriebe Umsatzzuwächse verzeichnen konnten und gleichzeitig geplante Investitionen nicht realisiert wurden.

Für das erste Halbjahr 2012 wird ein Rückgang der Beschäftigten um ca. 2,7% erwartet, da durch schwankende Belegungszahlen die Betriebe nicht kontinuierlich mit ausreichend geeigneten Gefangenen besetzt werden können.

Die zum 31.07.2012 erwartete negative Überschussentwicklung liegt darin begründet, dass die meisten Rohstoffbestellungen der Eigenbetriebe zu Beginn des Jahres getätigt werden und sich erst in der 2. Jahreshälfte amortisieren. Gleiches gilt für die Investitionen.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag ²⁾
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die Job-Füxe helfen besonders Schülerinnen und Schülern in Hauptschulbildungsgängen mit präventiven arbeitsweltorientierten Angeboten, um die Übergänge zwischen Schulsystem und Berufssystem zu erleichtern. Damit fördern sie die dauerhafte berufliche und soziale Integration von jungen Menschen frühzeitig und ermöglichen ihnen langfristig den selbständigen Erwerb ihres Lebensunterhalts durch eine berufliche Tätigkeit. Die Job-Füxe sind besonders in den Abgangsklassen der Schulen mit Bildungsgang Berufsreife direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern, die Schule sowie für Ausbildungsbetriebe. Sie stellen ein kontinuierliches und breites Spektrum von Angeboten zur intensiven Unterstützung bereit.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Begleitung des Übergangs von Schulen mit Bildungsgang Berufsreife in den Beruf; Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Job-Füxe											
Zahl der Job-Füxe	34	34	34	0	0%	34	34	0	0%	34	▲
Zahl erreichter und beratener Schülerinnen und Schüler	ca. 7.470	ca. 7.470	ca. 9.530	2.060	28%	ca. 9.530	ca. 9.530	0	0%	c. 9.350	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Förderansatz konnte wie geplant umgesetzt werden. Der Aufruf zum Förderansatz erfolgt im Laufe des 1. Halbjahres 2012. Der Förderansatz wurde von der kalenderjährlichen Laufzeit auf eine Laufzeit vom 1. Juli eines Jahres bis 30. Juni des Folgejahres umgestellt (Anpassung an das Schuljahr).

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.143.673 €; Landesmittel: 452.209 €.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die kommunalen Jugend-Scouts sollen arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahre durch eine Vor-Ort-Beratung erreichen, die wegen persönlicher Merkmale vorhandene Angebote zur beruflichen Eingliederung nicht oder nicht mehr in Anspruch nehmen oder noch nicht eingegliedert werden konnten. Diese Hilfestellung soll die dauerhafte Eingliederung der arbeitslosen Jugendlichen in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem unterstützen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Kommunale Jugend-Scouts											
Zahl der Jugend-Scouts	30	28	27	-1	-4%	27	27	0	0%	27	▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 4.120	ca. 4.120	ca. 5.190	1.070	26%	ca. 5.190	ca. 5.190	0	0%	ca. 5.190	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Förderansatz konnte wie geplant umgesetzt werden. Der Aufruf zum Förderansatz erfolgt im Laufe des 1. Halbjahres 2012. Der Förderansatz wurde von der kalenderjährlichen Laufzeit auf eine Laufzeit vom 1. Juli eines Jahres bis 30. Juni des Folgejahres umgestellt (Anpassung an das Schuljahr).

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.022.307 €; Landesmittel: 408.923 €.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Es handelt sich um Projekte, die wirtschaftsnah, aber auch unter freier Trägerschaft rund um die Themenfelder „zielgruppen- und branchenspezifische Qualifizierungsmaßnahmen und -beratung, Anpassung an veränderte Arbeitswelten und Rahmenbedingungen, ältere Beschäftigte im Betrieb und Weiterbildungsnetzwerke“ angesiedelt sind. Sie sollen dazu beitragen, die Chancen der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Erhalt der Arbeitsplätze sowie die Möglichkeiten zur Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Präventiver Ansatz zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit.

Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik											
Zahl der Projekte	13	10	13	3	30%	17	18	1	6%	21	▲
Zahl erreichter Personen	ca. 1.050	ca. 700	ca. 850	150	21%	ca. 1.020	ca. 1.030	10	1%	ca. 2.130	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Planwert zum 31.12.2011 wurde übertroffen, da ein Projekt storniert aber 2 Projekte zusätzlich in diesem Aufgabenbereich bewilligt wurden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.721.684 €; Landesmittel: 1.179.153 €.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltungsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Zentrale Aufgabe der Beschäftigungskonversion ist es, den unmittelbar und mittelbar vom Truppenabbau betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der US-Streitkräfte und der Bundeswehr Chancen zur Wiedereingliederung auf dem zivilen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Zentrale Instrumente sind Outplacement-Beratung, Arbeitsvermittlung, Bildungsmanagement und Organisationsentwicklungsmaßnahmen an den Standorten. Darüber hinaus werden Weiterbildungsangebote entwickelt und durchgeführt, die darauf abzielen, die Vermittlungsfähigkeit dieser Personen auf den zivilen Arbeitsmärkten zu erhöhen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Unterstützung bei der Integration von der Konversion Betroffener in den Arbeitsmarkt.

Konversion											
Zahl der Projekte	6	5	5	0	0%	6	6	0	0%	6	▲
Zahl erreichter Personen	ca. 3.640	ca. 3.500	ca. 3.630	130	4%	ca. 3.640	ca. 3.710	70	2%	ca. 3.700	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Das Programm konnte wie geplant umgesetzt werden.

Konversionsmittel: 1.822.485 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die Landesarbeitsmarktpolitik will die Jobcenter im Rahmen eines eigenständigen Beitrags über ein zusätzliches qualitatives und quantitatives Engagement - entsprechend der Bedarfslage vor Ort - bei der Wiedereingliederung von SGB II-Bezieherinnen und -Beziehern unterstützen. Über das Engagement des Landes sollen die Aktivierungsquoten erhöht und/oder besonders benachteiligte Zielgruppen gefördert werden. Orientiert an der Zahl der ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher wurden hierfür sog. regionale Budgets gebildet. Damit können sowohl zusätzliche Arbeitsgelegenheiten als auch zusätzliche Qualifizierungselemente in Arbeitsgelegenheiten gefördert bzw. andere Eingliederungsleistungen aus dem SGB II aufgestockt werden. Zur Umsetzung dieser regionalen Budgets können sich die Jobcenter freier Träger bedienen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt.

Projekte für langzeitarbeitslose Menschen (SGB II-Flankierung)											
Zahl geförderter Projekte bei den ARGEN/ optierenden Kommunen	164	152	137	-15	-10%	123	126	3	2%	125	▲
Zahl erreichter Personen	ca. 8.940	ca. 9.000	ca. 8.510	-490	-5%	ca. 7.770	ca. 8.060	290	4%	ca. 8.090	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Planwert wurde überschritten, da 3 Projekte im 2. Halbjahr hinzu kamen. Bei 2 Projekten hat sich die Laufzeit verkürzt und bei 2 weiteren Projekten verlängert.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 7.925.351 €; Landesmittel: 4.558.945 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Qualifizierungsprojekte für Zielgruppen im SGB III-Bezug mit besonderem Förderbedarf oder für besondere politische Schwerpunktsetzungen, die in Absprache mit den Agenturen für Arbeit umgesetzt werden. Die Projekte sollen Arbeitslose, insbesondere benachteiligte Personengruppen unterstützen, eine berufliche Tätigkeit als Selbständige oder Selbständiger oder als abhängig Beschäftigte oder abhängig Beschäftigter aufzunehmen. Andere Projekte haben die Flankierung des Strukturwandels und IT-Personalberatung zum Gegenstand.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Zusätzliche Förderung von SGB III-Empfängerinnen und -Empfängern zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Projekte für arbeitslose Menschen und besondere Zielgruppen außerhalb des SGB II (SGB III-Projekte)											
Zahl der Projekte	67	49	59	10	20%	59	56	-3	-5%	78	▶
Zahl erreichter Personen	ca. 4.110	ca. 2.870	ca. 2.130	-740	-26%	ca. 3.120	ca. 1.800	-1.320	-42%	ca. 4.060	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Planwert wurde leicht unterschritten, da ein Projekt storniert wurde, ein Projekt der Kompetenzagenturen wurde nicht beantragt und ein Projekt entfiel. Auf Grund dessen konnte lediglich eine weitaus geringere Personenzahl erreicht werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.003.092 €; bewilligte Landesmittel: 2.781.951 €

**§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung**

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Für rheinland-pfälzische Jugendliche, denen es aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen nicht gelingt, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und die auch nicht für eine Berufsvorbereitung im Rahmen einer berufsvorbereitenden Maßnahme geeignet sind und denen keine andere arbeitsmarktpolitische Integrationsmaßnahme angeboten wurde, werden in diesem Ansatz berufshinführende Maßnahmen durchgeführt. Neben Bewerbungstrainings erhalten die Jugendlichen praxisnahe Einblicke in Berufsbilder und fachbezogene Qualifikationen. Zudem werden sie sozialpädagogisch betreut, was im Rahmen einer nachsorgenden Betreuung durchgeführt werden kann. Damit werden die Chancen der Jugendlichen auf einen Berufseinstieg verbessert.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Fit für den Job											
Zahl der Projekte	15	15	15	0	0%	0	14	14		20	▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 340	ca. 340	ca. 340	0	0%	0	0	0		ca. 410	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Projekte des Förderantrages endeten vor dem Stichtag. Neue Projekte starten im Januar 2012.

Landesmittel: 78.000 €.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Es handelt sich zum einen um Projekte, die Netzwerke für die berufliche Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten unterstützen und zum anderen um Ausbildungsprojekte sowie Projekte zur Vorbereitung von Migrantinnen und Migranten auf eine Ausbildung. Des weiteren sollen über die Projekte Eltern, aber auch Multiplikatoren/-innen erreicht werden, die besonders jungen Migrantinnen und Migranten bei der Berufswahl helfen können.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Integration von jungen Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt.

Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund											
Zahl der Projekte	8	11	14	3	27%	14	14	0	0%	12	▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 1.636	ca. 720	ca. 860	140	19%	ca. 940	ca. 930	-10	-1%	ca. 770	▶

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Prognosewert zum 31.12.2011 wurde wie geplant erreicht.
Die leichte Unterschreitung der TN-Zahl beruht auf den tatsächlichen Zahlen im Vergleich zu den Zahlen im Anmeldeverfahren.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.080.466 €; Landesmittel: 353.413 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Bei den Berufsmentorinnen und Berufsmentoren handelt es sich um bei den Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern verankerte Beraterinnen und Berater, deren Aufgabe die Betreuung von Jugendlichen ist, die sich in einer Einstiegsqualifizierung (EQJ) oder Ausbildung in rheinland-pfälzischen Betrieben befinden. Ziel ist es, dass möglichst viele Jugendliche die Einstiegsqualifizierung oder Ausbildung zum Abschluss bringen und direkt im Anschluss daran mit einer Ausbildung bzw. Beschäftigung beginnen können. Die Berufsmentorinnen und Berufsmentoren sind direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Jugendliche, für die Betriebe und begleiten und beraten diese während der Dauer der Einstiegsqualifizierung bzw. Ausbildung. Zudem betreuen die Berufsmentorinnen und Berufsmentoren die Jugendlichen aus EQ bei Bedarf in der ersten Phase nach der Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis, um einen Ausbildungsabbruch zu vermeiden. Neben der Förderung durch Berufsmentorinnen und Berufsmentoren wird für leistungsschwächere Jugendliche ein Förder- und Stützunterricht gefördert.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Begleitung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz im Rahmen der Einstiegsqualifizierung oder Ausbildung zur Integration in Ausbildung und Arbeit; Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen.

Berufsmentoring											
Zahl der Mentoren	3	3	3	0	0%	3	3	0	0%	6	▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 370	ca. 370	ca. 370	0	0%	ca. 370	ca. 370	0	0%	ca. 1.220	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Förderansatz konnte wie geplant umgesetzt werden. Für 2012 ist eine inhaltliche Ausweitung auf Abbruchverweigerung und eine Erhöhung auf 6 Projekte geplant.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 104.592 €; Landesmittel: 48.860 €

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag ²⁾
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das wesentliche Ziel der regionalen Beschäftigungsentwicklerin oder des regionalen Beschäftigungsentwicklers ist es, neue Beschäftigungsfelder in der Region aufzuspüren und zu entwickeln sowie zusätzliche betriebliche Arbeitsplätze in der Region gemeinsam mit Unternehmen zu schaffen. Darüber hinaus soll die regionale Beschäftigungsentwicklerin oder der regionale Beschäftigungsentwickler Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner der Unternehmen für beschäftigungsrelevante Fragen sein. Dabei sollen vor allem die Handlungsfelder „zusätzliche betriebliche Arbeitsplätze, lokale Ökonomien, regionale Branchenprofile und Qualifizierungsstrategien“ bearbeitet werden. Zur Umsetzung dieser Aufgabenstellung soll die regionale Beschäftigungsentwicklerin oder der regionale Beschäftigungsentwickler in den regionalen Gebietskörperschaften an der Schnittstelle „Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung“ oder einer vergleichbaren Stelle eingesetzt werden. Modellmaßnahmen sollen der Erprobung und Weiterentwicklung innovativer und modernisierender Bildungsinstrumente dienen und Modellprojekte zur Zielsetzung „Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie -fähigkeit“ beitragen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sowie der Voraussetzungen zur Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze auf regionaler Ebene.

Regionale Beschäftigungsentwickler											
Zahl der Beschäftigungsentwickler	5	5	5	0	0%	5	5	0	0%	5	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Prognosewert zum 31. Dezember 2011 wurde wie geplant erreicht.

Sonstige Erläuterung:

Da die Förderung von regionalen Beschäftigungsentwicklerinnen und Beschäftigungsentwicklern keinen teilnehmerorientierten Ansatz darstellt, können keine Aussagen zur Anzahl der erreichten Personen getroffen werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 126.595 €; Landesmittel: 49.391 €.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die Projekte zielen darauf ab, dass sich die Jugendlichen frühzeitig mit ihren eigenen beruflichen Perspektiven befassen und sie eine möglichst umfassende Berufsorientierung erhalten. Berufswunsch und Ausbildungsmöglichkeiten sollen passgenau miteinander in Einklang gebracht werden. Besondere Zielgruppen der Projekte sind Jugendliche mit Unterstützungs- oder Informationsbedarf. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit engem Berufswahlspektrum oder mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen sollen davon profitieren. Vorhandene Defizite können so frühzeitig aufgearbeitet und wichtige Informationen vermittelt werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Vertiefte Berufsorientierung für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf.

Vertiefte Berufsorientierung											
Zahl der Projekte	29	23	24	1	4%	22	23	1	5%	22	▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 4.120	ca. 3.240	ca. 3.250	10	0%	ca. 2.990	ca. 2.990	0	0%	ca. 3.350	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Prognosewert wurde wie geplant erreicht.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 706.328 €; Landesmittel: 20.000 €.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die Bildung von Netzwerken soll dazu beitragen, dass die einzelnen mitwirkenden Institutionen im ständigen Austausch zusammenarbeiten und so eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem oder die Gesellschaft erreicht wird.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Verknüpfung und Koordination verschiedener Arbeitsmarktakteure in Netzwerken.

Förderung von Netzwerken											
Zahl der Projekte	32	36	41	5	14%	34	38	4	12%	29	▲
Zahl erreichter Personen	ca. 7.200	ca. 7.500	ca. 8.700	1.200	16%	ca. 8.480	ca. 8.570	90	1%	ca. 7.460	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Prognosewert zum 31. Dezember 2011 wurde übertroffen, da zum Ende des Jahres 4 weitere Projekte in diesem Förderansatz bewilligt werden konnten.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.260.672 €; Landesmittel: 4.569.027 €.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag ²⁾
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Es erfolgt eine Konzentration auf die Begleitung von Gründerinnen und Gründern in der Phase nach der Gründung. Wichtigstes Instrument ist die Beratung und das Coaching von Gründern/-innen nach der Gründungsphase, um die Stabilität der Unternehmensgründung zu unterstützen. Dabei erfolgt hier in Abgrenzung zu den Existenzgründungsprogrammen des Bundes eine Konzentration auf Gründungen aus der Arbeitslosigkeit und zwar besonders für Menschen mit Migrationshintergrund.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Unterstützung während der Gründungsphase

Beratung vor und nach der Existenzgründung											
Zahl der Projekte	6	8	6	-2	-25%	6	6	0	0%	4	▲
Zahl erreichter Personen	ca. 1.190	ca. 1.300	ca. 1.060	-240	-18%	ca. 1.060	ca. 1.010	-50	-5%	ca. 610	▶

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Förderansatz konnte wie geplant umgesetzt werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 982.934 € ; Landesmittel: 132.000 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Hier handelt es sich um spezifische Projekte für Frauen. Diese Maßnahmen sind in ihrer konzeptionellen Ausrichtung ausschließlich für Frauen bestimmt. Zum einen handelt es sich um Maßnahmen für sozial benachteiligte, alleinerziehende Frauen (auch mit Migrationshintergrund), desweiteren um Ausbildungsprojekte und Maßnahmen zur Vermittlung von Mädchen und Frauen in technische und handwerkliche Berufe.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Integration, Qualifikation und Vermittlung von arbeitslosen Frauen.

Projekte für die Zielgruppe Frauen											
Zahl der Projekte	21	24	25	1	4%	24	23	-1	-4%	13	▶
Zahl erreichter Frauen	ca. 6.185	ca. 6.300	ca. 6.330	30	0%	ca. 6.300	ca. 6.270	-30	0%	ca. 6.060	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Prognosewert zum 31. Dezember 2011 wurde leicht unterschritten, da bei einem Projekt die Laufzeit auf den 31.8.2011 verkürzt wurde.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 927.522 € ; Landesmittel: 419.317 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Es handelt sich um Projekte ausschließlich für Mädchen und Frauen aus dem Bereich des Kapitels 06 12. Es beinhaltet Maßnahmen zur beruflichen Orientierung von Schülerinnen und um Maßnahmen und Projekte zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen in den Arbeitsmarkt.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Beratung, (Neu-) Orientierung und Qualifizierung von Mädchen (Schwerpunkt: Schülerinnen) und Frauen (Schwerpunkt: Berufsrückkehrerinnen) zur Integration in den Arbeitsmarkt

Projekte und Maßnahmen für die Zielgruppe Frauen aus dem Bereich des Kapitels 06 12											
Zahl geförderter Projekte	28	28	25	-3	-11%	32	26	-6	-19%	28	▼
Zahl erreichter Personen/Beratungsfälle	ca. 1.608	ca. 8.049	ca. 8.128	79	1%	ca. 1.650	ca. 1.667	17	1%	ca. 8.100	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Trotz eines leichten Rückganges bei der Anzahl der Projekte wurden mehr Teilnehmerinnen erreicht.

Landesmittel: 432.300 €

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MIFKJF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag 2)
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) regelt Maßnahmen zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit durch frühe Förderung und rechtzeitige Hilfen zur Vermeidung von Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung. Zielführend sind dabei zwei wesentliche Ansätze:

- Aufbau lokaler Netzwerke zur Förderung des Kindeswohls und zur Verbesserung des Kinderschutzes
- Förderung von Kindergesundheit, besonders durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder

Für Leistungen nach dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit stehen im Landeshaushalt 2011 bei Kapitel 06 02 Titel 633 02 insgesamt 2.748.900 € zur Verfügung. Mit diesen Haushaltsmitteln unterstützt das Land besonders die Träger der Jugendämter. Sie erhalten eine pauschale Förderung von sieben Euro pro Jahr für jedes Kind, das das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat (rd. 1,36 Mio €). Für die den Gesundheitsämtern durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben erfolgen pauschale Kostenerstattungen des Landes an die Träger der Gesundheitsämter in Höhe von drei Euro pro Jahr für jedes Kind im Dienstbezirk des jeweiligen Gesundheitsamts, das das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat (rd. 0,58 Mio €). Das Land trägt außerdem die Kosten des Einladungs- und Erinnerungsverfahrens zu den Früherkennungsuntersuchungen (rd. 0,8 Mio. €).

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:**1. Aufbau lokaler Netzwerke in allen Kommunen**

Die überregionale Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung unterstützt die 41 rheinland-pfälzischen Jugendämter bei der Weiterentwicklung der lokalen Netzwerke. Sie berät die Kommunen bei der Ausgestaltung der Netzwerke und wirkt auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hin. Sie erarbeitet Umsetzungsempfehlungen hinsichtlich der im Gesetz enthaltenen Aufgabenstellungen für die Gesundheits- und Jugendämter. Zu den Themen im Kontext des Landesgesetzes (z.B. frühe Hilfen, Kinderschutz und Vernetzung) werden Fortbildungsangebote entwickelt. Der Transfer von Erkenntnissen und Erfahrungen zwischen den Jugendämtern und zwischen Jugend- und Gesundheitsämtern wird unterstützt.

Aufbau lokaler Netzwerke und Fortbildungsveranstaltungen											
Lokale Netzwerke in den Kommunen	33	33	33	0	0,00%	33	34	1	3,03%	34	▲
Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen der Servicestelle	49	14	9	-5	-35,71%	16	16	0	0,00%	7	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Zahl der lokalen Netzwerke in den Kommunen hat sich um eines erhöht, da zwei Kommunen, die bisher ein gemeinsames Netzwerk bildeten, nunmehr jeweils eigenständig agieren.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:**2. Förderung der Kindergesundheit durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder**

Das Landesgesetz regelt die Sicherstellung eines verbindlichen Einladungswesens zu den Früherkennungsuntersuchungen. Hierfür wurde auf Landesebene eine Zentrale Stelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) eingerichtet. Das LSJV hat zentrale Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einladungswesen an das Zentrum für Kindervorsorge beim Universitätsklinikum des Saarlandes in Homburg (ZfK) übertragen. Dieses versendet an die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter kurz vor Anstehen einer Früherkennungsuntersuchung ein Einladungsschreiben, dem der Vordruck einer Untersuchungsbestätigung beigelegt ist, die durch den Arzt / die Ärztin an das ZfK zurückgesandt wird. Die Eltern erhalten ein Erinnerungsschreiben, wenn dem ZfK keine Information über die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung vorliegt. Geht trotz Erinnerung keine Untersuchungsbestätigung im ZfK ein, wird das örtlich zuständige Gesundheitsamt informiert, dass das Angebot der Früherkennung nicht in Anspruch genommen wurde.

Es erfolgt eine zeitnahe und gezielte Kontaktaufnahme durch Mitarbeiter/-innen der Gesundheitsämter, um die Eltern zu motivieren, die Früherkennungsuntersuchung im Interesse eines gesunden Aufwachsens ihres Kindes zu nutzen. Wenn Eltern trotz dieser fachlichen Beratung des Gesundheitsamtes (GA) die Früherkennungsuntersuchung nicht nutzen, informiert das Gesundheitsamt das Jugendamt (JA).

Das beschriebene Verfahren gilt für die Früherkennungsuntersuchungen der Untersuchungsstufen U4 bis U9. Zur Früherkennungsuntersuchung J1 erfolgt nur eine Einladung an die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter zur anstehenden Untersuchung für ihre Kinder.

Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern											
Einladungsschreiben gesamt (U 4 - U9)	224.394	130.600	135.682	5.082	3,89%	233.000	225.486	-7.514	-3,22%	131.000	▶
Erinnerungsschreiben gesamt (U4 - U9)	72.972	42.450	39.344	-3.106	-7,32%	68.500	70.300	1.800	2,63%	40.500	▶
Meldungen durch das Zentrum für Kindervorsorge (ZfK) an die Gesundheitsämter (GÄ) gesamt (U4 - U9)	29.208	16.900	15.226	-1.674	-9,91%	26.200	24.174	-2.026	-7,73%	14.000	▲
Mitteilungen von den Gesundheitsämtern (GÄ) an die Jugendämter (JÄ) gesamt (U4 - U9)	1.822	1.040	976	-64	-6,15%	1.750	1.709	-41	-2,34%	950	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Prognose-/Planwerte der Erinnerungsschreiben und der Meldungen an die Gesundheitsämter und Jugendämter stellen eine maximal angestrebte Obergrenze dar. Eine Unterschreitung ist daher positiv zu bewerten.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltungsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MIFKJF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag 2)
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen der Untersuchungsstufen U4 bis U9											
Teilnahmequote U4	99,62	100	99,56	-0,44	-0,44%	100	99,78	-0,22	-0,22%	100	▶
Teilnahmequote U5	99,49	100	99,57	-0,43	-0,43%	100	99,72	-0,28	-0,28%	100	▶
Teilnahmequote U6	99,42	100	99,57	-0,43	-0,43%	100	99,70	-0,30	-0,30%	100	▶
Teilnahmequote U7	99,21	100	99,31	-0,69	-0,69%	100	99,56	-0,44	-0,44%	100	▶
Teilnahmequote U7a	98,78	100	98,97	-1,03	-1,03%	100	99,32	-0,68	-0,68%	100	▶
Teilnahmequote U8	98,89	100	98,98	-1,02	-1,02%	100	99,39	-0,61	-0,61%	100	▶
Teilnahmequote U9	98,95	100	99,08	-0,92	-0,92%	100	99,46	-0,54	-0,54%	100	▶

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Teilnahmequote wurde aus der Zahl der Mitteilungen der Gesundheitsämter an die Jugendämter bezogen auf die Zahl der versendeten Einladungsschreiben im Berichtszeitraum ermittelt.

Das Ziel, nämlich die 100% Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen, wurde nur minimal unterschritten. Die Teilnahmequote liegt bei allen Untersuchungsstufen bei über 99 %.

Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe J1: Durchführung i.d.R. zwischen dem vollendeten 13. und dem vollendeten 14. Lebensjahr											
J1 Einladungen	43.790	25.500	24.343	-1157	-4,54%	41.800	41.903	103	0,25%	24.000	▲

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) ist die nach § 1 des Landesgesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO) zuständige Behörde für die Anerkennung von „geeigneten Stellen“ im Verbraucherinsolvenzverfahren. Gleichzeitig fördert das Landesamt gem. § 5 AGInsO die anerkannten geeigneten Stellen, soweit sie zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes sowie zur qualifizierten Erfüllung der Aufgaben nach § 2 AGInsO erforderlich sind.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten; Sicherung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität; Stärkung der Prävention.

Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten											
Beratungsstellen gesamt	61	61	61	0	0%	62	60	-2	-3%	61	▶
Geförderte Beratungsstellen	52	52	52	0	0%	53	52	-1	-1,89%	52	▶
Geförderte Fachkräfte (in Vollzeit)	68,21	69,21	69,21	0,00	0,00%	69,71	69,21	-0,50	-0,72%	69,21	▶
Beratungsfälle mit mehr als 2 Beratungen im lfd. Jahr	13.750	8.000	7.562	-438	-5%	15.800	12.701	-3.099	-19,61%	6.500	▼
Kurzberatungen (bis zu 2 Beratungen)	9.800	5.800	5.023	-777	-13%	10.200	10.052	-148	-1,45%	5.100	▶

Sicherstellung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität sowie Präventionsarbeit											
Abgeschlossene Beratungsverfahren einschl. Kurzberatungen	15.940	9.000	8.265	-735	-8%	16.000	16.057	57	0,36%	8.200	▲
landesweite Veranstaltungen/ Tagungen/ Schulungen/ Fortbildungen	10	4	4	0	0%	10	7	-3	-30%	4	▼
Zahl der abschließend bearbeiteten Anfragen an das Schuldnerfach-beratungszentrum	415	175	188	13	7%	300	340	40	13,33%	180	▲
Zugriffe auf Infopage beim Schuldnerfach-beratungszentrum	1.800.000	1.100.000	1.150.000	50.000	5%	2.000.000	1.328.168	-671.832	-34%	700.000	▼

Erläuterungen:

Die Abweichungen bei den laufenden Fällen (-19,61 %) ergeben sich aus der (glücklicherweise) zu pessimistischen Prognose zum 31.12.2011 (15.800), die eine Steigerung von fast 15% vorsah. Gegenüber dem Istwert zum 31.12.2010 (13.750) ist die Abweichung deutlich geringer (-7,63%). Das Gleiche gilt – in geringerem Umfang – auch für die Kurzberatungen (Planwertdifferenz = -1,45%, Istwertdifferenz = +2,57%). Im Vergleich zum Istwert zum 31.12.2010 der abgeschlossenen Verfahren (15.940) ergibt sich ein leichtes Plus von 0,36%. Die Anfragen an das SFZ liegen über den Planwerten. Die Zugriffe auf die Homepage (Istwert 31.12.2010 = 1.800.000, Planwert 31.12.2011 = 2.000.000, Istwert 31.12.2011 = 1.328.168, -34%) sind im Vergleich zu den Vorjahren zähltechnisch bedingt geringer, da nur noch die Zugriffe auf die originäre SFZ-Homepage (ohne Zusatzseiten) erfasst werden.

Haushaltsansatz: 1.972.800 €

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 03 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Produkt "Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme" beim
Landesamt für Geologie und Bergbau (LGB)

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag 2)
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die derzeit größtenteils nur analog vorhandenen und teilweise nicht aktuellen Daten sollen zielorientiert im Maßstab 1 : 25.000 oder 1 : 50.000 überarbeitet werden. Das LGB sichert eine jährliche Fertigstellung von mindestens zwei Karten sowie alle fünf Jahre eine umfangreiche Projektkartierung für ein besonders wichtiges Teilgebiet des Landes zu.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Der Leistungsauftrag beinhaltet: Aufbau eines geowissenschaftlichen Informationssystems, fachübergreifende Datenerhebung, Festlegung von Qualitätsstandards, Bedarfsorientierung, mögliche landesweite Flächendeckung, Möglichkeiten der Aktualisierung sowie projektorientierte Vorgehensweise.

Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme											
<u>Mengen</u>											
Anzahl Karten	0	2	2	0	0,0%	3	3	0	0%	1	▲
Abarbeitungsgrad von insgesamt 28 Kartenmanuskripten	63%	64%	64%	0%	0,0%	65%	65%	0%	0%	66%	▲
<u>Wirtschaftlichkeit / Kosten</u>											
Gesamtkosten	297.542 €	150.000 €	149.766 €	-234 €	-0,2%	300.000 €	391.713 €	91.713 €	31%	140.000	▼
Anteil an den Gesamtleistungen des Landesamtes für Geologie und Bergbau	4,0%	3,9%	4,1%	0,2%	5,1%	4,0%	4,9%	0,9%	21,8%	3,9%	▲

Qualitäten / Bürgerorientierung

Ziel ist es, den Kunden wie der Landesregierung und deren nachgeordneten Behörden, Kommunen, Ingenieurbüros sowie Bürgerinnen und Bürgern als Planungsgrundlage zukünftig nicht einzelne thematische Karten, sondern fachübergreifende Geoinformationen und deren Interpretation zu allen wesentlichen Geothemen anzubieten.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen

In 2011 konnten die GK 25 Blatt Rockenhausen, die GK 25 Blatt Kastellaun sowie die Hydrogeologische Kartierung Trier-Bitburg veröffentlicht werden. Die Blätter Kriegsfeld sowie die Geologische Übersichtskarte 1:50.000 Donnersbergkreis (Projektkartierung) sind fertig kartiert und derzeit in der Qualitätsprüfung. Die GK 50 Blatt Trier Bucht inkl. Erläuterung wird bis 31.07.2012 gedruckt vorliegen. Bis Ende des Jahres 2012 könnten die Quiring-Block GK 25 Treis-Karden sowie Blatt GK 25 Hermersberg mit Erläuterung veröffentlicht werden.

Durch die Übererfüllung des Planwertes um 1 % erhöhten sich die Gesamtkosten und auch der Anteil an den Gesamtleistungen zum 31.12.2011. Durch den Wegfall eines Mitarbeiters (Freistellungsphase Altersteilzeit) ist im ersten Halbjahr 2012 mit einer Reduzierung der Gesamtkosten zu rechnen.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshausaltgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 51 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:

Beratung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden wobei die Kosten einer Beratung unter 50,00 € liegen sollen. Neue Schwerpunkte der Pflanzenbauberatung sind die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und des Erosionskatasters. Beim Fachzentrum Bienen und Imkerei soll durch umfangreiche Untersuchungen im Pathologielabor eine Verbesserung der Bienengesundheit und damit eine Verringerung der Völkerverluste erreicht werden. Durch umfangreiche Untersuchungen eingesandter Honigproben im Honiglabor soll die Sicherstellung einer nachhaltigen Honigqualität erreicht werden.

Beratung											
Anzahl Beratungen	11.994	5.833	7.372	1.539	26,4%	10.000	11.675	1.675	16,8%	6.750	▲
durchschn. Kosten pro Beratung	37,70 €	48,00 €	35,07 €	-12,93 €	-26,9%	48,00 €	35,65 €	-12,35 €	-25,7%	35,00 €	▲
Untersuchungen Pathologielabor		1.460	864	-596	-40,8%	2.500	2.799	299	12,0%	1.460	▲
Untersuchungen Honiglabor		470	233	-237	-50,4%	800	1.076	276	34,5%	600	▲
Abonnenten "GQS-RLP"		475	471	-4	-0,8%	475	437	-38	-8,0%	425	▶

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe soll gesteigert und der Einsatz umweltgerechterer Produktionsverfahren intensiviert werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Mit Ausnahme der Kennzahl Abonnenten "GQS-RLP" ist eine Zielerfüllung bzw. -überschreitung ausgewiesen. Die Anzahl der Abonnenten ist rückläufig. Dies wird auf den fortschreitenden Strukturwandel in Verbindung mit dem Ausscheiden von landwirtschaftlichen Betrieben aus der Produktion zurückgeführt. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierhaltung, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	239	117	200	83	70,9%	200	292	92	46,0%	175	▲
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	19.962	4.958	7.059	2.101	42,4%	8.500	15.131	6.631	78,0%	7.000	▲
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	84	42	35	-7	-16,0%	42	52	10	23,4%	35	▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungs-rundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	365	245	248	3	1,2%	420	492	72	17,1%	250	▲
Gesamtkosten	367.268 €	205.000 €	218.826 €	13.826 €	6,7%	350.000 €	357.418 €	7.418 €	2,1%	210.000 €	▶

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Das Veranstaltungsangebot und das übrige Weiterbildungsangebot ist auf die Bedürfnisse der Betriebe abgestimmt.

Mit Beratungs-rundschreiben etc. sollen die Betriebe kurzfristig auf Problematiken und Lösungsmöglichkeiten hingewiesen werden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:

Versuchswesen in Pflanzenbau und Grünland: am DLR Westerwald-Osteifel werden Versuchsfelder im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	214.577 €	146.000 €	116.077 €	-29.923 €	-20,5%	250.000 €	189.187 €	-60.813 €	-24,3%	150.000 €	▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Das Versuchsprogramm wird landesweit abgestimmt und orientiert sich an den Bedürfnissen der Betriebe.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Gegenüber dem Vorjahr sind die Kosten für das Versuchswesen erheblich niedriger. Die niedrigeren Kosten resultieren aus dem Ausscheiden eines Mitarbeiters und dem sich hieraus ergebenden geringeren Umfang von Versuchsanstellungen. Für die Zukunft ist eine Fortführung von Versuchsanstellungen im Umfang der Vorjahre

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 51 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag 2)
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.

Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	4.628.258 €	2.500.000 €	2.721.878 €	221.878 €	8,9%	4.300.000 €	4.279.152 €	-20.848 €	-0,5%	2.500.000 €	▲
Verfahrensfläche											
ILEK - Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept	0 ha	0 ha				30.617 ha	30.617 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Anordnung neuer Verfahren	2.135 ha	0 ha				2.032 ha	1.638 ha	-394 ha	-19,4%	0 ha	▼
Anlagenplan	2.365 ha	0 ha				3.344 ha	104 ha	-3.240 ha	-96,9%	0 ha	▼
Vermessungskonzept	258 ha	0 ha				3.182 ha	2.788 ha	-394 ha	-12,4%	0 ha	▶
Besitzübergang	4.852 ha	0 ha				1.261 ha	1.255 ha	-6 ha	-0,5%	0 ha	▶
Grundbuchberichtigung	2.053 ha	0 ha				3.391 ha	0 ha	-3.391 ha	-100,0%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	2.053 ha	0 ha				3.391 ha	0 ha	-3.391 ha	-100,0%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	881 ha	0 ha				4.780 ha	3.675 ha	-1.105 ha	-23,1%	0 ha	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:

Bei den Meilensteinen "Anordnung neuer Verfahren" und "Vermessungskonzept" liegen negative Abweichungen vor, da wegen Akzeptanzproblemen ein Verfahren nicht zum Vollzug kam. Beim Meilenstein "Anlagenplan" ist der Planwert nicht erreicht worden, da Unterlagen anderer Planungsträger fehlten. Außerdem fiel wegen längerer Krankheit ein Sachgebietsleiter Bau aus und weiteres Personal musste für Tätigkeiten bei der Bundesgartenschau zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund einer edv-technischen Umstellung bei der Vermessungs- und Katasterverwaltung (ALKIS) und fehlender Schnittstellen war die Berichtigung der öffentlichen Bücher (Kataster und Grundbuch) nicht möglich. Beim Verfahrensabschluss kam es zu Verzögerungen wegen anhängiger Rechtsmittelverfahren.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 52 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼ 2)

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:

Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- sowie Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden. Durch intensivierte Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	4	4	4	0	0,0%	4	3	-1	-25,0%	3	▼
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	82	87	80	-7	-8,0%	87	84	-3	-3,4%	60	▶
Fachschule (inkl. Techniker)											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	3	3	3	0	0,0%	3	3	0	0,0%	3	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	57	70	57	-13	-18,6%	70	57	-13	-18,6%	54	▼
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schülern je Klasse)	10,48 €	8,00 €	10,30 €	2,30 €	28,8%	8,00 €	10,38 €	2,38 €	29,8%	8,00 €	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Einsatz modernster Unterrichtsmittel (Smartboard, E-Learning). Weiterbildung der Lehrkräfte.

Sonstige Erläuterung:

Bei einem tatsächlichen Durchschnitt von 22 Schülern pro Klasse betragen die Kosten für Unterrichtsstunde und Schüler 7,08 €. Die Anzahl der prognostizierten Schüler wurde erreicht, es wurden jedoch nur 3 Klassen gebildet, da eine Teilung der Fachstufe II aufgrund von nur 3 Wiederholern nicht erforderlich war.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:

Beratung in Tierproduktion, Grünland, Ernährung, Pflanzenbau und Nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo)

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung in Tierproduktion, Grünlandbewirtschaftung, Ernährung, Pflanzenbau und NaWaRo nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden. Im Jahr 2007 hatte die rheinland-pfälzische Landwirtschaft eine Beanstandungsquote von etwa 26 % bei den nach EU-Recht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen im Bereich Rinderhaltung. Ziel der Beratung in der Tierhaltung durch das Dienstleistungszentrum Eifel ist es unter anderem, eine Senkung der Beanstandungsquote insbesondere bei den schweren Verstößen herbeizuführen.

Beratung											
Anzahl Beratungen	9.775	8.166	7.602	-564	-6,9%	14.000	12.577	-1.423	-10,2%	5.000	▶
durchschn. Kosten pro Beratung	86,99 €	100,00 €	60,35 €	-39,65 €	-39,7%	58,00 €	65,20 €	7,20 €	12,4%	85,00 €	▶

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Weiterbildung der Beraterinnen und Berater, Einheit von Unterricht und Beratung gewährleistet Praxisnähe.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Beratung in der Tierhaltung der DLR WWOE, Eifel und Westpfalz zur Senkung der Beanstandungsquote bei den nach EU-Recht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen passt wg. geänderter Richtlinien nicht mehr ins Zielgruppen-Portfolio eines DLR und wird somit hier nicht mehr berichtet.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Grünland, Ernährung, Pflanzenbau und Nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo)

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	272	128	120	-8	-6,3%	220	200	-20	-9,1%	136	▶
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	11.855	5.833	2.665	-3.168	-54,3%	10.000	20.774	10.774	107,7%	6.000	▲
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	44	45	22	-23	-51,1%	45	104	59	131,1%	44	▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/-Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	524	408	232	-176	-43,1%	700	571	-129	-18,4%	262	▼
Gesamtkosten	261.065 €	160.000 €	140.859 €	-19.141 €	-12,0%	273.000 €	295.031 €	22.031 €	8,1%	130.500 €	▶

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Einsatz modernster Medien, verstärkte projektorientierte Arbeit und Seminare

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Anzahl der Faxe/Rundschreiben wurde reduziert. Die Mitteilungen Pflanzenschutz-Warndienst wurden landesweit organisiert (DLR RNH).

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 52 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:

Versuchswesen in Pflanzenbau, Grünland und NaWaRo: Am DLR Eifel wird ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	466.539 €	210.000 €	247.743 €	37.743 €	18,0%	360.000 €	495.401 €	135.401 €	37,6%	232.500 €	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Qualitätssteigerung und Kostensenkung durch länder- und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Erfahrungsaustausch (Nordrhein-Westfalen, Deutschsprachige Gemeinschaft, Wallonische Region und Luxemburg).

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Grünlandversuchswesen, die Ausrichtung des Internationalen Grünlandtages und der gestiegene Bedarf an Versuchen zu nachwachsenden Rohstoffen, haben zu einer im Vorfeld nicht kalkulierbaren Kostensteigerung geführt. Der Planwert für 2011 war deshalb zu niedrig angesetzt.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.898.906 €	1.690.000 €	1.510.889 €	-179.111 €	-10,6%	2.850.000 €	2.907.951 €	57.951 €	2,0%	1.662.500	▶
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	2.621 ha	0 ha				2.039 ha	1.523 ha	-516 ha	-25,3%	0 ha	▼
Anlagenplan	2.249 ha	0 ha				2.158 ha	2.158 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Vermessungskonzept	2.594 ha	0 ha				2.039 ha	1.523 ha	-516 ha	-25,3%	0 ha	▼
Besitzübergang	394 ha	0 ha				1.775 ha	1.845 ha	70 ha	3,9%	0 ha	▲
Grundbuchberichtigung	1.699 ha	0 ha				2.309 ha	0 ha	-2.309 ha	-100,0%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	1.699 ha	0 ha				2.309 ha	0 ha	-2.309 ha	-100,0%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	1.247 ha	0 ha				1.176 ha	1.176 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmen in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:

Aufgrund fehlender Akzeptanz in einer von fünf zur Bodenordnung anstehenden Ortsgemeinden konnten die Ziele in den Bereichen Anordnung und Vermessungskonzept nicht vollständig erreicht werden. Die Arbeiten zur Kataster- und Grundbuchberichtigung in vier Bodenordnungsverfahren sind bereits seit Ende 2010 abgeschlossen. Eine Abgabe konnte auch im Jahr 2011 aufgrund fehlender Datenschnittstellen nach Einführung von ALKIS bei der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz noch nicht erfolgen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 53 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:

Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- und Fachschulklassen für Winzer und Gärtner sowie dem Dualen Studiengang Weinbau und Oenologie.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	23	25	23	-2	-8,0%	24	24	0	0,0%	24	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	504	500	486	-14	-2,8%	500	529	29	5,8%	520	▲
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	4	4	4	0	0,0%	4	4	0	0,0%	4	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	104	100	99	-1	-1,0%	100	91	-9	-9,0%	91	▶
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)	7,06 €	7,00 €	7,89 €	0,89 €	12,7%	7,50 €	10,29 €	2,79 €	37,2%	10,00 €	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Schülerzahlen zeigen weiterhin eine deutliche Stabilisierung in den Agrarberufen.
 IST-Vergleich bei 22 Schüler/Klasse: 6,43 € (620 Schüler bei 28 Klassen = 22 Schüler/Klasse)
 Die Kosten sind jedoch aufgrund zusätzlicher Klassen und damit zusätzlicher Stunden geringfügig gestiegen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Dualer Studiengang Weinbau und Oenologie:

Durchführung des Dualen Studienganges Weinbau und Oenologie mit den Kooperationspartnern der Fachhochschulen Ludwigshafen, Bingen und Kaiserslautern

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Eine zielgerichtete und fundierte Ausbildung von Führungskräften für die nationale und internationale Weinwirtschaft wird angestrebt.

Dualer Studiengang Weinbau und Oenologie											
Dualer Studiengang Weinbau und Oenologie, Studierende	115	100	161	61	61,0%	120	155	35	29,2%	155	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Duale Studiengang Wb/Oe befindet sich noch in der Aufbauphase, wobei die Zahlen erfreulicherweise steigend sind. Die Abweichungen sind durch den zusätzlichen Studiengang bedingt, der ab Juli begonnen hat.
 Die Kosten belaufen sich auf 809.128 €, wodurch durchschn. Kosten je Vorlesung und Student von 8,64 € entstehen (2.415 Std. auf durchschn. 38,75 Studenten).
 Die Planzahlen beruhen auf durchschnittlich 30 Studierenden/Studienjahrgang (30 Studenten x 4 Jahrgänge). Daher sind die Istwerte entsprechend höher.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:

Beratung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin, Gartenbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung einschließlich Stellungnahmen und Analysen nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden wobei die Kosten einer Beratung unter 70,00 € liegen sollen. Ziel der Beratung durch das Dienstleistungszentrum Rheinpfalz ist es unter anderem, eine Steigerung des Anteils der Pflanzenschutzgeräte mit Abdriftmindernder Technik ...

Beratung											
Anzahl Beratungen	30.525	20.417	20.897	480	2,4%	31.000	32.539	1.539	5,0%	20.000	▲
durchschn. Kosten pro Beratung	82,91 €	68,00 €	68,12 €	0,12 €	0,2%	80,00 €	74,74 €	-5,26 €	-6,6%	75,00 €	▲
Anteil der Pflanzenschutzgeräte mit Abdriftmindernder Technik ...											
... im Weinbau	10,00%	5,00%	10,00%	5,00%	100,0%	10,00%	10,00%	0,00%	0,0%	10,00%	▲
... im Obstbau	13,00%	10,00%	13,00%	3,00%	30,0%	13,00%	13,00%	0,00%	0,0%	13,00%	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die diesjährige Auswertung zeigt, dass die Ist-Werte sehr genau auf die Planwerte zutreffen, so dass wir nunmehr von Grundlagenwerten sprechen können. Die Tendenz wird jedoch klar in Richtung Multiplikatoren-Veranstaltungen (Gruppenberatungen) gehen und nicht mehr die Häufigkeit der früheren Jahre erreichen. Die Gruppenberatungen fließen mit den Teilnehmerzahlen in die Anzahl der Beratungen mit ein.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 53 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag ²⁾
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin, Gartenbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	396	263	188	-75	-28,5%	390	403	13	3,3%	180	▲
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	17.446	22.200	8.553	-13.647	-61,5%	18.000	18.053	53	0,3%	8.500	▲
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	44	85	46	-40	-46,5%	46	45	-1	-2,2%	45	▶
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/-Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	1.205	1.160	617	-543	-46,8%	1.200	1.033	-167	-13,9%	600	▶
Gesamtkosten	417.671 €	234.000 €	230.667 €	-3.333 €	-1,4%	420.000 €	435.170 €	15.170 €	3,6%	230.000 €	▶

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Prognose- und Planwerte stimmen relativ gut überein und ermöglichen somit eine verlässliche Planungsgrundlage für die Zukunft. Neben rein fachlichen Weiterbildungsveranstaltungen wurden vermehrt Veranstaltungen im Kontext "Öffentlichkeitsarbeit" angeboten. Zukünftig wird ein Schwerpunkt der Veranstaltungen darauf liegen, Multiplikatoren zu schulen (Gruppenberatungen), und damit eine Reduzierung der Beratungsfälle möglich sein. Die Vor- und Nachbereitungen für Veranstaltungen sind wesentlich aufwendiger geworden. Durch intensivere Aufbereitung von Inhalten aus den Versuchs- und Forschungsergebnissen sowie deren Darstellung in Präsentationen und Seminarheften entstehen insgesamt höhere Gesamtkosten. Die rückläufige Zahl von Veröffentlichungen resultiert aus exakteren Buchungen gegenüber den Vorjahren sowie aus anderen Schwerpunktsetzungen (z.B. Studiengang Weinbau und Oenologie) in Verbindung mit einer fortschreitenden Personalarückführung im Rahmen der Agrarverwaltungsreform.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:

Angewandte Forschung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin im Weinbau und Phytomedizin im Gartenbau
 Versuchswesen in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin und Gartenbau: am DLR Rheinpfalz werden Lehr- und Versuchsbetriebe im Bereich Weinbau, Obstbau, Gemüsebau, Zierpflanzenbau sowie Heil- und Gewürzpflanzenbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	4.319.461 €	1.750.000 €	2.449.785 €	699.785 €	40,0%	4.300.000 €	4.187.002 €	-112.998 €	-2,6%	2.500.000 €	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Ein intensives Versuchswesen ist für die Erarbeitung von Grundlagen für die Beratung sowie für die Aus-, Fort- und Weiterbildung unerlässlich. Hierfür sind entsprechende Mittel bereitzustellen. Auf Grund der Abhängigkeiten von allgemeinen Klimabedingungen, Arbeitsmarkt und sonstigen Einflussgrößen, sind exakte Prognosen zu den anfallenden Kosten schwierig zu gestalten. Versuchsbetriebe sind einem ständigen Wandel unterlegen und auf regelmäßige Neuanlagen und Investitionen angewiesen. Dennoch konnte im Berichtszeitraum eine Einsparung von 112.998 € erreicht werden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Hochwasserschutzmaßnahmen des Bundes und des Landes werden bodenordnerisch begleitet. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 53 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag 2)
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	3.239.510 €	1.867.000 €	1.905.714 €	38.714 €	2,1%	3.345.732 €	3.199.553 €	-146.179 €	-4%	1.900.000 €	▲
Verfahrensfläche											
ILEK - Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept	21.522 ha	0 ha				9.215 ha	9.215 ha	0 ha	0%		▲
Anordnung neuer Verfahren	923 ha	0 ha				2.056 ha	2.452 ha	396 ha	19%		▲
Anlagenplan	319 ha	0 ha				768 ha	775 ha	7 ha	1%		▲
Vermessungskonzept	3.210 ha	0 ha				1.515 ha	745 ha	-770 ha	-51%		▼
Besitzübergang	344 ha	0 ha				900 ha	979 ha	79 ha	9%		▲
Grundbuchberichtigung	985 ha	0 ha				387 ha	33 ha	-354 ha	-91%		▼
Katasterberichtigung	985 ha	0 ha				387 ha	19 ha	-368 ha	-95%		▼
Verfahrensabschluss	1.935 ha	0 ha				258 ha	162 ha	-96 ha	-37%		▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

In Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG steht grundsätzlich die Privatnützigkeit im Vordergrund und ist demzufolge apriori bürgerorientiert. Sie dient vorrangig der Entwicklung der ländlichen Räume, u.a. dem Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzung und damit nachhaltig der Erhaltung der Kulturlandschaften.

Abweichungserläuterung:

Für einige Verfahren konnten keine abschließenden Vermessungskonzepte aufgestellt werden, da keine oder nur teilweise Vorleistungen der Bauträger im Zusammenhang mit Hochwasserschutz am Oberrhein und Straßenplanungen erbracht wurden. Im Bereich der Kataster- und Grundbuchberichtigung konnten die Planwerte nicht erreicht werden, da aufgrund einer edv-technischen Umstellung bei der Vermessungs- und Katasterverwaltung (ALKIS) und fehlender Schnittstellen die Datenabgabe nicht möglich war. Verfahren konnten teilweise nicht abgeschlossen werden, da anhängige Rechtsmittelverfahren abgearbeitet werden müssen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 54 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag 2)
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:

Beratung in Weinbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden, wobei die Kosten einer Beratung unter 55,00 € liegen sollen.

Beratung											
Anzahl Beratungen	12.940	5.833	10.797	4.964	85,1%	10.000	18.418	8.418	84,2%	10.000	▲
durchschn. Kosten pro Beratung	35,51 €	53,00 €	28,25 €	-24,75 €	-46,7%	53,00 €	26,27 €	-26,73 €	-50,4%	30,00 €	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Weinbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	97	70	70	0	0,0%	120	124	4	3,3%	70	▲
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	4.240	4.000	4.037	37	0,9%	7.000	5.277	-1.723	-24,6%	4.000	▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	44	58	58	0	0,0%	58	43	-15	-25,9%	58	▼
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	234	700	132	-568	-81,1%	1.200	161	-1.039	-86,6%	70	▼
Gesamtkosten	236.438 €	100.000 €	36.537 €	-63.463 €	-63,5%	170.000 €	263.518 €	93.518 €	55,0%	150.000 €	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Ursache für die Abweichung im Rahmen der Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen wurden bereits durch Evaluierungsmaßnahmen ermittelt. Die Höhe der prozentualen Abweichung bei den Beratungsrundschreiben ergibt sich aus der Tatsache, dass bei der Prognose auch Einzelinformationsschreiben (Mail) eingerechnet wurden, aber als solche nicht gebucht werden. Künftig werden nur Rundschreiben (Pflanzenschutzempfehlungen, Kellerwirtschaftlicher Informationsservice und Ernährungsberatung) berücksichtigt. Hieraus ergeben sich bereits jetzt Verbesserungsvorschläge (z. B. Seminarthemen) für 2012. Die Kostenerhöhung seit 31.07.2011 beruht auf periodenübergreifenden Ausgaben bei den Massensendungen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:

Versuchswesen im Weinbau: am DLR Mosel wird ein Versuchsbetrieb im Weinbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft. Durch die Reduzierung der Versuchsflächen am Steillagenzentrum in Bernkastel-Kues wird eine Kostenreduzierung von etwa 650.000 € erwartet.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	1.033.455 €	280.000 €	605.713 €	325.713 €	116,3%	480.000 €	1.118.209 €	638.209 €	133,0%	600.000 €	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Kosten für das Versuchswesen liegen im DLR-Mosel seit 2009 bei ca. 1,1 Mio. €. Die Annahme, diese Kosten um ca. 650.000 € zu senken, hat sich nicht bestätigt. Die Vielfalt der Versuche ist durch den gestiegenen Informationsbedarf der Winzer deutlich größer geworden. Die Reduzierung der Versuchsflächen beim Übergang von Trier nach BKS senkt die Kosten für das Versuchswesen nur minimal.

**§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
 Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 54 im Haushaltsjahr 2011
 Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel
 Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF**

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	4.039.915 €	2.335.000 €	2.311.145 €	-23.855 €	-1,0%	3.800.000 €	3.977.841 €	177.841 €	4,7%	2.216.667 €	▶
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	133 ha	0 ha				514 ha	437 ha	-77 ha	-15,0%	0 ha	▶
Anlagenplan	1.793 ha	0 ha				1.622 ha	1.214 ha	-408 ha	-25,2%	0 ha	▼
Vermessungskonzept	40 ha	0 ha				391 ha	294 ha	-97 ha	-24,8%	0 ha	▼
Besitzübergang	6.552 ha	0 ha				3.046 ha	2.864 ha	-182 ha	-6,0%	0 ha	▶
Grundbuchberichtigung	1.055 ha	0 ha				2.876 ha	56 ha	-2.820 ha	-98,1%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	1.023 ha	0 ha				2.876 ha	56 ha	-2.820 ha	-98,1%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	1.748 ha	0 ha				6.869 ha	3.307 ha	-3.562 ha	-51,9%	0 ha	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die hohe Abweichung im Bereich der Anlagepläne ist darauf zurückzuführen, dass die zur Genehmigung vorgelegten Verfahren derzeit noch nicht beschieden sind. Die prozentual hohe Abweichung im Bereich der Grundbuch- und Katasterberichtigungen ist dadurch zu erklären, dass die Katasterämtern auf Grund der Einführung von ALKIS keine Verfahren zur Katasterberichtigung angenommen haben. Gleichwohl konnte demnach auch keine Grundbuchberichtigung durchgeführt werden, da die Grundbuchämter auf die Bereitstellung der Katasterdaten angewiesen sind. Die Verfahren liegen zur Abgabe an die Kataster- und Grundbuchämter bereit und werden alsbald abgegeben. Die prozentuale Diskrepanz im Bereich der Verfahrensabschlüsse ergibt sich auf Grund von personellem Ausfall (durch Langzeiterkrankung).

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

**§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 55 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF**

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:

Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs-, Berufsfachschul-, Berufsoberschul-, Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte, Winzer, Gärtner, Pferdewirte und Forstwirte.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden. Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	33	33	33	0	0,0%	33	31	-2	-6,1%	33	▶
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	679	650	679	29	4,5%	650	650	0	0,0%	630	▲
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	10	10	10	0	0,0%	10	11	1	10,0%	9	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	204	210	204	-6	-2,9%	210	219	9	4,3%	190	▲
Anzahl Schüler sonstiger Klassen	32	35	32	-3	-8,6%	45	16	-29	-64,4%	24	▼
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)	9,41 €	9,00 €	9,41 €	0,41 €	4,6%	9,00 €	11,18 €	2,18 €	24,2%	9,00 €	▼

Abweichungserläuterungen und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Zahl der Anmeldungen in den Berufsschulklassen ist im Vergleich zu den Vorjahren leicht rückläufig. Dies wird auf den demografischen Wandel zurückgeführt. Im Schuljahr 2011/2012 wurden vier Fachschulklassen "Landbau" gebildet, da ein Überhang an Schülern aus dem Vorjahr bestand. Die Prognose für das nächste Schuljahr berücksichtigt, dass wieder mit Schülerzahlen gerechnet wird, die dem langjährigen Mittel entsprechen. In der BF 1 und BF 2 konnten im Berichtszeitraum keine Klassen gebildet werden. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Schulangebot auch zukünftig keine Akzeptanz mehr findet. Für das Schuljahr 2011/2012 wurden die Kostenstellen für die Schule in der KLR weiter konkretisiert. Hieraus resultiert eine Kostensteigerung von 4,6 Prozent. Bei der bisherigen Berechnung der Kosten des Unterrichts wird auf eine Klassenstärke von 15 Schülern umgerechnet. Hieraus resultiert ein Betrag von 11,18 € je Unterrichtsstunde und Schüler. Legt man die tatsächlichen Schülerzahlen zur Berechnung der durchschnittlichen Kosten zu Grunde, ergibt sich ein Wert von 7,99 € je Unterrichtsstunde und Schüler.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:

Beratung in Pflanzenbau, Weinbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden, wobei die Kosten einer Beratung unter 50,00 € liegen sollen. Ziel der Beratung durch das Dienstleistungszentrum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück ist es unter anderem, eine Steigerung des Anteils der Pflanzenschutzgeräte mit Abdriftmindernder Technik im Ackerbau, gemessen am zweijährigen Durchschnitt der Pflanzenschutzgerätekontrollen der ADD für die vorangegangenen beiden Jahre, herbeizuführen.

Beratung											
Anzahl Beratungen	17.010	16.333	12.678	-3.655	-22,4%	28.000	20.907	-7.093	-25,3%	10.500	▼
durchschn. Kosten pro Beratung	74,04 €	49,00 €	45,99 €	-3,01 €	-6,1%	49,00 €	53,02 €	4,02 €	8,2%	50,00 €	▶
Anteil der Pflanzenschutzgeräte mit abdriftmindernder Technik im Ackerbau	50,00%	51,00%	51,00%	0,00%	0,0%	52,00%	52,00%	0,00%	0,0%	52,00%	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die rückläufige Zahl von Beratungen entspricht den sich ändernden Strukturen in der Agrarwirtschaft. Wird das Beratungsangebot für Einzelberatungen in Anspruch genommen, resultiert hieraus oft eine aufwendige und zeitintensive Beratung. Trotzdem konnten die Kosten pro Beratung im Vergleich zum Haushaltsjahr 2010 reduziert werden. Der prognostizierte Wert zur Anzahl durchgeführter Beratungen, wurde nicht erreicht. Die geringe Fallzahl wird auf das verbesserte Internetangebot und das gestiegene Angebot bzw. die gestiegene Nachfrage an zielgruppenorientierten Beratungsrundschreiben zurückgeführt.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Weinbau und Ernährung - sowie die landesweite Koordinierung im Pflanzenbau.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Die Zugriffszahlen auf Fachinformationen der Internetportale sollen erhöht werden. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 55 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	315	396	203	-193	-48,7%	680	336	-344	-50,6%	262	▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	13.124	16.916	17.313	397	2,3%	29.000	20.416	-8.584	-29,6%	8.750	▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	42	43	85	42	98,3%	43	61	18	41,3%	33	▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrounds/-Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	693	350	586	236	67,4%	600	1.010	410	68,3%	408	▲
Tägliche Zugriffe mit längerer Verweildauer auf die Seiten des Internet-Angebots aller DLR	130.000	72.916	128.000	55.084	75,5%	25.000	135.000	110.000	440,0%	81.666	▲
Gesamtkosten	588.893 €	400.166 €	334.163 €	-66.003 €	-16,5%	686.000 €	605.525 €	-80.475 €	-11,7%	350.000 €	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Im Vergleich zum Vorjahr wurden 21 Veranstaltungen mehr angeboten/nachgefragt. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 19 erhöht. Der Planwert für 2011 war zu hoch angesetzt und orientiert sich zukünftig an den tatsächlich erreichten Ist-Werten.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:

Am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück werden ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft sowie Versuchsbetriebe im Weinbau unterhalten und die Koordinierung des rheinland-pfälzischen Versuchswesens im Pflanzenbau durchgeführt.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	1.923.024 €	1.020.833 €	953.239 €	-67.594 €	-6,6%	1.750.000 €	1.854.722 €	104.722 €	6,0%	1.020.833 €	▶

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Kosten bereits um 68.302 € reduziert werden. Eine weitere Reduzierung der Gesamtkosten im weinbaulichen und landwirtschaftlichen Versuchswesen wird angestrebt.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.

Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	4.688.556 €	2.300.000 €	2.327.494 €	27.494 €	1,2%	3.900.000 €	4.337.455 €	437.455 €	11,2%	2.600.000 €	▶
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	1.640 ha	0 ha				4.275 ha	3.609 ha	-666 ha	-15,6%	0 ha	▼
Anlagenplan	1.914 ha	0 ha				2.979 ha	1.814 ha	-1.165 ha	-39,1%	0 ha	▼
Vermessungskonzept	1.313 ha	0 ha				3.762 ha	2.944 ha	-818 ha	-21,7%	0 ha	▼
Besitzübergang	3.761 ha	0 ha				1.808 ha	1.737 ha	-71 ha	-3,9%	0 ha	▶
Grundbuchberichtigung	1.287 ha	0 ha				2.828 ha	0 ha	-2.828 ha	-100,0%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	1.287 ha	0 ha				2.828 ha	0 ha	-2.828 ha	-100,0%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	1.532 ha	0 ha				1.589 ha	711 ha	-878 ha	-55,3%	0 ha	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 55 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag ²⁾
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Anordnung neuer Verfahren und Vermessungskonzept: Die notwendige Akzeptanz in den nicht eingeleiteten Verfahren ist bisher noch nicht gegeben. Die Moderation vor Ort muss noch fortgeführt werden.

Anlagenplan: Ein Gruppenleiter ist wegen Krankheit in 2011 für 9 Monate ausgefallen. Zusätzlich kamen nicht erwartete komplexe Anforderungen an die Planung hinzu.

Besitzübergang: Im Einvernehmen mit den Teilnehmervorständen wurden einige Besitzübergänge wegen fehlender formeller Anforderungen um ein Jahr verschoben. Die Vorarbeiten zu den Besitzübergängen wurden jedoch kontinuierlich weitergeführt.

Grundbuch- und Katasterberichtigung: Aufgrund der Umstellung auf ALKIS bei der Katasterverwaltung war die Datenübernahme landesweit noch nicht möglich. Die Katasterberichtigung ist aber Voraussetzung für die Grundbuchberichtigung.

Verfahrensabschluss: Die Planung war unter Berücksichtigung des tatsächlich zur Verfügung stehenden Personals zu optimistisch.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 56 im Haushaltsjahr 2011
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz
Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag ²⁾
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:

Beratung in Tierproduktion, Pflanzenbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden wobei die Kosten einer Beratung unter 60 € liegen sollen.

Im Jahr 2009 hatte die rheinland-pfälzische Landwirtschaft eine Beanstandungsquote von etwa 23 % bei den nach EU-Recht erforderlichen

Tierkennzeichnungskontrollen im Bereich Rinderhaltung. Ziel der Beratung in der Tierhaltung durch das Dienstleistungszentrum Westpfalz ist es unter anderem, eine Senkung der Beanstandungsquote insbesondere bei den schweren Verstößen herbeizuführen.

Beratung											
Anzahl Beratungen	5.375	3.500	3.397	-103	-2,9%	6.000	5.902	-98	-1,6%	3.500	▶
durchschn. Kosten pro Beratung	60,53 €	59,00 €	53,01 €	-5,99 €	-10,2%	59,00 €	60,22 €	1,22 €	2,1%	60,00 €	▶

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Beratung in der Tierhaltung der DLR WWOE, Eifel und Westpfalz zur Senkung der Beanstandungsquote bei den nach EU-Recht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen passt wg. geänderter Richtlinien nicht mehr ins Zielgruppen-Portfolio eines DLR und wird somit hier nicht mehr berichtet.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Pflanzenbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine weitere quantitative Steigerung in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	278	175	125	-50	-28,6%	300	226	-74	-24,7%	134	▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	6.917	7.600	2.783	-4.817	-63,4%	13.000	6.441	-6.559	-50,5%	3.792	▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	25	45	22	-23	-51,1%	45	29	-16	-35,6%	30	▼
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	136	88	63	-25	-28,4%	150	112	-38	-25,3%	82	▼
Gesamtkosten	133.906 €	76.000 €	75.186 €	-814 €	-1,1%	130.000 €	142.913 €	12.913 €	9,9%	87.500 €	▶

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Personelle Engpässe haben im Berichtsjahr dazu geführt, dass Zielzahlen nicht erreicht wurden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:

Versuchswesen in Tierhaltung, Pflanzenbau und Grünland: am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz wird ein Versuchsbetrieb im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	184.896 €	81.667 €	75.901 €	-5.766 €	-7,1%	140.000 €	161.864 €	21.864 €	15,6%	100.000 €	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Allgemeine Kostensteigerungen (Sach- und Personalkosten), führen zu einer Überschreitung des Planungswertes.

**§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
 Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 56 im Haushaltsjahr 2011
 Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz
 Ab dem 18. Mai 2011 im Zuständigkeitsbereich des MULEWF**

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag ²⁾
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.

Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.553.727 €	1.280.000 €	1.291.854 €	11.854 €	0,9%	2.180.000 €	2.417.827 €	237.827 €	10,9%	1.400.000 €	▶
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	479 ha	0 ha				590 ha	390 ha	-200 ha	-33,9%	0 ha	▼
Anlagenplan	688 ha	0 ha				573 ha	573 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Vermessungskonzept	479 ha	0 ha				590 ha	590 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Besitzübergang	759 ha	0 ha				2.039 ha	2.950 ha	911 ha	44,7%	0 ha	▲
Grundbuchberichtigung	2.299 ha	0 ha				2.519 ha	0 ha	-2.519 ha	-100,0%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	2.299 ha	0 ha				2.519 ha	0 ha	-2.519 ha	-100,0%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	3.211 ha	0 ha				802 ha	357 ha	-445 ha	-55,5%	0 ha	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Im Berichtsjahr wurde vordringlich der Arbeitsabschnitt Besitzübergang bearbeitet. Die Arbeitsabschnitte Katasterberichtigung und Grundbuchberichtigung konnten wegen technischer Probleme der Vermessungs- und Katasterverwaltung nicht erfüllt werden. Die Anordnung eines neuen Verfahrens wurde wegen des verspäteten Beschlusses der Ortsgemeinde zurückgestellt.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des/der Kapitel(s) 09 19 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Projekt PES - Vertretung von Unterricht

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Der temporäre Unterrichtsausfall wegen Abwesenheit von Lehrkräften aus den unterschiedlichsten Gründen soll so weit wie möglich reduziert werden. Zugleich soll die Selbstverantwortung der Schulen im Rahmen der Qualitätsentwicklung im Bereich der Organisation und Durchführung von Vertretungsunterricht gestärkt werden. Das Erhebungsinstrument zur Erfassung des temporären Vertretungsbedarfs sowie die ergriffenen Regulierungsmaßnahmen werden weiter entwickelt. Der verbleibende temporäre Unterrichtsausfall soll um 1/3 bis um 1/2 (bezogen auf den im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 ausgewiesenen Referenzwert von 4,2%) reduziert werden. Durch die intensive konzeptionelle Beschäftigung mit der Vertretung von Unterricht soll diesbezüglich eine Qualitätssteigerung bei den teilnehmenden Schulen bewirkt werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Die Ausweitung des Projektes auf freiwilliger Basis wird weiterverfolgt. Neu errichtete Schulen nehmen verpflichtend am Projekt teil. Am 31. Dezember 2011 befanden sich 772 Schulen aller Schularten im Projekt, darunter 206 Ganztags-Grundschulen und Schwerpunktschulen. Bis zum 31. Juli 2012 wird der weitere Ausbau vorangetrieben. Zum Stichtag 26. Juni 2011 hatten die Projektschulen nach Regulierung einen temporären Unterrichtsausfall von 2,59 %. Die Projektschulen werden in unterschiedlich zugeschnittenen Fortbildungsveranstaltungen, Dienstbesprechungen und Rundschreiben regelmäßig über aktuelle Themen der Portaltechnik, des Arbeits- und Vertragsrechts und der Statistik informiert. Des Weiteren finden themenbezogene Schulungen in modularisierter Form statt. Für neu errichtete Schulen, die verpflichtend am Projekt teilnehmen, findet eine individuelle Beratung durch die PES-Beraterinnen und -Berater in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht statt. Die Schulungsaktivitäten werden ständig weiter ausgebaut. Auch die Portaltechnik wird kontinuierlich weiterentwickelt. Bei den Istwert- und Planwert-Zahlen kommt es in der Folge der Schulstrukturreform teilweise zu Überlagerungen, was Unschärfen zur Folge hat. Aufgrund der Schulstrukturreform und der damit einhergehenden Veränderung der Zahl der Schulen im Land kann nur eine grobe Einschätzung der weiteren Entwicklung abgegeben werden.

Mengen											
Anzahl der Schulen	727	850	749	-101	-11,9%	780	772	-8	-1,0%	805	▶

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Teilnahme an dem Projekt ist nach wie vor freiwillig. Deshalb kann auf die Zahl der teilnehmenden Schulen nur begrenzt Einfluss genommen werden. Die im Leistungsauftrag prognostizierte Zahl der teilnehmenden Schulen wurde wegen der im Zuge der Schulstrukturreform zurückgehenden Zahl an Schulen auf 780 reduziert. Diese Zahl wurde um 8 Schulen unterschritten. Siehe hierzu auch die oben genannten Erläuterungen.

Anzahl der Schulungsmaßnahmen	70	70	30	-40	-57,1%	30	26	-4	-13,3%	30	▶
-------------------------------	----	----	----	-----	--------	----	----	----	--------	----	---

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Schulaufsicht wurde stärker in das PES eingebunden. PES ist Thema der regionalen Schulleiterdienstbesprechungen. Die Schulleiter behandeln dieses Thema bei Dienstbesprechungen und Konferenzen an der Schule. Unter Federführung der Schulaufsicht werden in regionalen Netzwerken verstärkt PES-Probleme besprochen. Neu errichtete Schulen wurden in Schulleiterdienstbesprechungen und individuell durch die PES-Beraterinnen und -Berater sowie Mitglieder der Steuerungsgruppe über PES informiert. 6 Fortbildungsveranstaltungen pro Schulhalbjahr werden vom PL in Boppard angeboten. Die Schule hat die Möglichkeit, ausgebildete PES-Beraterinnen und PES-Berater anzufordern. Eine genaue zahlenmäßige Erfassung der Schulungsveranstaltungen und der geschulten Personen wäre mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden. Die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen und teilnehmenden Personen kann daher nur geschätzt werden.

Temporärer Unterrichtsausfall	2,56%	2,21% bis 2,8%	2,59%			2,21% bis 2,8%				2,21% bis 2,8%	▲
-------------------------------	-------	----------------	-------	--	--	----------------	--	--	--	----------------	---

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Zum Stichtag 26. Juni 2011 (Erhebungszeitraum: Schuljahr 2010/2011) hatten die Projektschulen einen tatsächlichen verbleibenden temporären Unterrichtsausfall von 2,59 %. Das im Leistungsauftrag festgelegte Ziel, Verminderung des temporären Unterrichtsausfalls um 1/3 bis 1/2 bezogen auf den Referenzwert 4,2% wurde erreicht. Der Erhebungsstichtag für das Schulhalbjahr 2011/2012 ist der 31. Januar 2012. Ergebnisse für das 1. Schulhalbjahr 2011/2012 werden frühestens im Juni 2012 vorliegen. Daher ist eine Aussage zum IST-Wert zum 31. Dezember 2011 nicht möglich. Zur Erläuterung: Die Stichtage für den Abschluss der Schulhalbjahresstatistik und Schuljahresstatistik sind der 31. Januar bzw. der letzte Schultag im Schuljahr.

Wirtschaftlichkeit / Kosten	11.429.988	6.600.000	5.895.403	-704.597	-10,7%	11.300.000	10.892.775	-407.225	-3,6%	6.600.000	▲
------------------------------------	------------	-----------	-----------	----------	--------	------------	------------	----------	-------	-----------	---

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Teilnahme an dem Projekt ist nach wie vor freiwillig. Deshalb kann auf die Zahl der teilnehmenden Schulen nur begrenzt Einfluss genommen werden. Der aktuelle Stand der teilnehmenden Schulen liegt bei 772 und damit unter dem Planwert.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 09 82 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS)

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Aufgabe der AQS ist es, basierend auf dem Orientierungsrahmen Schulqualität (ORS) regelmäßig externe Evaluationen an allen rd. 1.600 staatlichen Schulen des Landes durchzuführen und die dazu notwendigen Zielvorgaben, Instrumente und Verfahren zu entwickeln. Sie erstellt auf der Grundlage schulstatistischer Daten, der Qualitätsprogramme und ihrer schulinternen Evaluierung, der externen Leistungsstudien, Vergleichs-/Parallelarbeiten sowie auf der Grundlage regelmäßiger Schul- und Unterrichtsbesuche einen Bericht zur Qualitätsarbeit an der jeweiligen Schule. Der Bericht ist Grundlage für Zielvereinbarungen zwischen der einzelnen Schule und der zuständigen Schulaufsicht.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Erstes Halbjahr 2009

Evaluation von 150 Schulen
 Erstellung von 150 Berichten
 Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
 Weiterführung aller Informationsaktivitäten

Zweites Halbjahr 2009

Evaluation von 200 Schulen
 Erstellung von 150 Berichten
 Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
 Weiterführung aller Informationsaktivitäten
 Umzug nach Bad Kreuznach

Erstes Halbjahr 2011

Evaluation von 240 Schulen
 Erstellung von 250 Berichten
 Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
 Weiterführung aller Informationsaktivitäten
 Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse bisheriger Evaluationen

Erstes Halbjahr 2010

Evaluation von 210 Schulen
 Erstellung von 200 Berichten
 Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
 Weiterführung aller Informationsaktivitäten

Zweites Halbjahr 2010

Evaluation von 210 Schulen
 Erstellung von 250 Berichten
 Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
 Weiterführung aller Informationsaktivitäten
 Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse bisheriger Evaluationen

Zweites Halbjahr 2011

Evaluation von 246 Schulen
 Erstellung von 250 Berichten
 Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
 Weiterführung aller Informationsaktivitäten
 Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse bisheriger Evaluationen

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▲▼

Mengen											
Anzahl der Schulbesuche (Evaluationen)	191	240	251	11	4,6%	150	143	-7	-4,7%	55	▶

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

In den Berichtszeitraum fallen alle noch nicht im ersten Evaluierungszyklus evaluierten Schulen. Nach dem Zeitpunkt der Erstellung der Prognose mussten 7 weitere Schulen von der Evaluierung zurückgestellt werden, weil diese zwischenzeitlich nicht mehr die Kriterien einer evaluierbaren Kleinstschule erfüllen konnten, als Schulsystem ausgelaufen sind oder nach der Zusammenführung von Schulen (IGS) ein Teil (RS, HS) bereits evaluiert wurden.

Anzahl der Berichte	178	250	280	30	12,0%	210	207	-3	-1,4%	76	▶
---------------------	-----	-----	-----	----	-------	-----	-----	----	-------	----	---

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Mit der geringeren Anzahl von Evaluationen hat sich auch die Anzahl der Berichte für den Berichtszeitraum verringert.

Anzahl geschulter Personen	108	50	107	57	114,0%	50	21	-29	-58,0%	140	▼
Anzahl der Info-Veranstaltungen	14	10	21	11	110,0%	10	11	1	10,0%	5	▲
Teilnehmerzahl der Info-VA	467	250	305	55	22,0%	250	268	18	7,2%	200	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Zahl der geschulter Personen liegt niedriger als ursprünglich veranschlagt, weil sich im Rahmen der Entwicklung des neuen Evaluierungsverfahrens die Zweckmäßigkeit ergeben hat, die Ausbildung von neuen Koreferenten auf das Ende der Einstiegsphase des neuen Evaluierungszyklus (Frühling/Sommer 2012) und damit zeitnah vor den Beginn der Einsätze von Koreferenten ab dem ersten Schulhalbjahr 2012/2013 zu verschieben.

Wirtschaftlichkeit / Kosten	3.536.286 €	2.436.000 €	2.195.324 €	-240.676	-9,9%	3.963.900 €	3.698.592 €	-265.308 €	-6,7%	2.110.000	▲
------------------------------------	-------------	-------------	-------------	----------	-------	-------------	-------------	------------	-------	-----------	---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abwei- chung	Abwei- chung [%]	Prognose- wert zum 31.07.2012	Zieler- reichung zum Berichtstag 2)
	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	1)	▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Produktbereich Staatswaldbewirtschaftung: Bereitstellung des umweltfreundlichen Rohstoffs Holz und sonstiger Waldprodukte im Staatswald, Bewirtschaftung des Staatswaldes in Form der naturnahen Waldwirtschaft.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Einschlag und Verkauf des Rohstoffes Holz unter Beachtung der Nachhaltigkeit.

Ernte und Verkauf von Rohholz											
Mengen [Festmeter]	1.320.000	460.000	626.500	166.500	36,2%	1.180.000	1.162.000	-18.000	-2%	500.000	▶
Erlöse (€)	73.000.000	25.000.000	37.830.500	12.830.500	51,3%	70.000.000	70.840.000	840.000	1%	27.500.000	▲
Durchschnittserlös €/fm	55	54	60	6	11,1%	59	61	2	3%	55	▲

Erlöse aus Sachgütern											
Erlöse (€)	2.070.000	800.000	681.900	-118.100	-14,8%	1.860.000	2.060.000	200.000,0	11%	800.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Menge des verkauften Rohholzes wurde nur knapp verfehlt. Hier konnte dennoch aufgrund des gestiegenen Durchschnittspreises die Holzerlösprognose zum 31.12.2011 übertroffen werden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Produktbereich Umweltvorsorge: Schützen der natürlichen Lebensgrundlagen und Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts durch Wahrung der vielfältigen Schutzfunktionen des Waldes.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Standortkartierung, Flächenmanagement, Entwicklung naturnaher Wälder.

Neuanlage, Erhaltung und Wiederbegründung naturnaher Wälder											
Menge (ha)	745	350	592	242	69,1%	1.050	1.120	70	7%	350	▲

Bodenschutzkalkung											
Mengen [Hektar]	4.827	0	5008	5.008		5.008	5.008	0	0%	0	▲

waldökosystembezogene Planungen											
Betriebspläne (Forsteinrichtung) (ha)	81.400	60.000	65.000	5.000	8,3%	65.000	78.000	13.000	20%	40.000	▲
Standortkartierung (ha)	10.000	5.000	5.000	0	0,0%	10.000	10.000	0	0%	5.000	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Produktbereich Erholung und Umweltbildung: Entwicklung und Stärkung des Wissens über das Ökosystem Wald und seiner nachhaltigen Nutzung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

"Treffpunkt Wald", Waldführungen, Waldjugendspiele, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Ganztagschule.

landesweite Initiative "Treffpunkt Wald"											
Anzahl der Veranstaltungen	580	300	650	350	116,7%	1.200	1.075	-125	-10%	300	▶

Führungen, Seminare, Programme und Projekttag											
Anzahl der Teilnehmer	78.000	25.000	19.500	-5.500	-22,0%	70.000	78.700	8.700	12%	35.000	▲

Waldjugendspiele, Waldjugendspiele für Behinderte und "Wald ohne Grenzen"											
Anzahl der Teilnehmer	23.200	22.500	22.700	200	0,9%	22.700	23.100	400	2%	23.000	▲

Freiwilliges Ökologisches Jahr											
Anzahl der Teilnehmer	135	135	135	0	0,0%	100	106	6	6%	100	▲

Ganztagschulen											
Anzahl der Gruppen	35	35	33	-2	-5,7%	33	38	5	15%	33	▲

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2011
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2011
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.07.2011	Istwert zum 31.07.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2011	Istwert zum 31.12.2011	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 31.07.2012	Zielerreichung zum Berichtstag
	1)	1)	1)	1)	1)	1)				1)	▲▶▼

"Waldferien für Kids" (waldpädagogische Ferienbetreuung)											
Anzahl der Programmwochen		23	39	16	69,6%	45	54	9	20%	25	▲
neue Kennzahl ab 2011											

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die durch das "Internationale Jahr der Wälder" bedingte sehr ambitionierte Zielzahl im Bereich der Anzahl der Veranstaltungen zur landesweiten Initiative "Treffpunkt Wald" konnte nicht ganz erreicht werden. Dennoch wurden im Vergleich zum Vorjahr knapp 500 Veranstaltungen mehr durchgeführt! Auch dies hat im Jahr 2011 wesentlich zum großen Erfolg des "Internationalen Jahres der Wälder" beigetragen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Unterstützung anderer Waldbesitzer, Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Aus- und Fortbildung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Beratung, Bewirtschaftung von kommunalen und privaten Wäldern, Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und Auszubildern.

Ausbildung											
Anzahl der Auszubildenden	181	180	166	-14	-7,8%	180	176	-4	-2%	165	▶

Bewirtschaftung kommunaler Wälder											
Staatl. beförsterte Kommunalwaldfläche [Hektar]	283.000	277.600	279.300	1.700	0,6%	274.800	279.000	4.200	2%	279.000	▲

Bewirtschaftung privater Wälder und Beratung privater Waldbesitzer											
Bewirtschaftete und beratene Fläche [Hektar]	166.000	166.000	166.000	0	0,0%	166.000	166.000	0	0%	166.000	▲

Förderung des Cluster Forst und Holz im Leistungsauftrag											
geförderte Projekte (Gesamtvolumen)		450.000	500.000	50.000	11,1%	1.000.000	1.289.000	289.000	29%	800.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Der Zielwert von 180 Auszubildenden mit Stichtag zum 31.12.2011 wurde nur leicht verfehlt. Der Landesbetrieb Landesforsten Rheinland-Pfalz bildet weiterhin deutlich über seinem Bedarf auf einem sehr hohen Niveau aus. Dies gilt sowohl für die Anzahl der Ausbildungsplätze als auch für die Qualität der Ausbildung in verschiedensten Berufsbildern.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Kosten- und Leistungsrechnung

Einrichtung	Umsetzungsstatus
Kapitel 03 06 Statistisches Landesamt	Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Kontierung auf Tätigkeiten, interne Leistungsverrechnung, Kennzahlenauswertung (MACH, Eigenentwicklung)
Kapitel 03 10 Polizeibehörden	Kostenstellenrechnung, Benchmarking, (Web-IRM@, MS Excel)
Kapitel 03 17 Landesbetrieb Daten und Information	Kaufmännische Buchführung (SAP R/3)
Kapitel 03 22 Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation und Vermessungs- und Katasterämter	LVermGeo: Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, erste Benchmarks (MACH) VermKÄ: Einführung MACH zum 01.01.2010 Einführung der MACH-Anlagenbuchhaltung Beginn Konzeptionierung Berichtswesen
Kapitel 03 80 SGD Nord	Erweiterte KLR innerhalb des Pilotbereichs 1, Kostenarten- und Kostenstellenrechnung, interne Leistungsverrechnung, Einrichtung von Kostenträgern, (MACH und selbstentwickelte Software für Anlagenbuchhaltung)
Kapitel 03 82 Aufsichts- und Dienstleistungs- direktion	Verfeinerung der Kostenstellenstrukturen und Produktkataloge, Zeiterfassung, Einrichtung von Kennzahlen, Qualitätsindikatoren, Planzahlen im Testsystem und Leistungsverrechnung (MACH)
Kapitel 04 04 Oberfinanzdirektion Koblenz und Finanzämter	Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern
Kapitel 04 07 Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle bei der OFD	Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, GUV/Profitcenterabrechnung, Verfeinerung des Berichtswesens (SAP ECC 6.0, Module FI und CO in Verbindung mit KLeist, IRMA, SAP-IPEMA und Carla)
Kapitel 04 10 Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung	Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung (SAP R/3)
Kapitel 05 04 Arbeitsverwaltungen in den Justizvollzugsanstalten	Einsatz einer Access-basierten KLR in den vier Justizvollzugsanstalten (JVA) mit Eigenbetrieben; Implementierung der landeseinheitlichen KLR-Software (MACH) seit April 2010 in der Pilotanstalt JVA Diez. Nach einer Testphase könnte im Jahr 2012 der Übergang zum Echtbetrieb starten. Erwartung erheblicher Projektverzögerungen aufgrund eines vom Landesrechnungshof angeforderten Sicherheitskonzeptes.

Kapitel 06 04 Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung	Vollkostenrechnung, Entwicklung eines Produktcontrollings, zu quantitativen Kennziffern soll ein qualitatives Bewertungsschema hinzukommen, dies liegt für sieben Pilotprojekte vor (MACH), Überarbeitung des Produktkataloges
Kapitel 06 13 – 06 15 Landesschulen für Sinnesbehinderte	Vollkostenrechnung für den Sozialbereich; Einrichtung der KLR seit 2010 (MACH), seit März 2011 Erfassung von Arbeitszeiten auf Produkte
Kapitel 08 03 Landesamt für Geologie und Bergbau	Kostenarten-, Kostenstellen- und Projektkostenrechnung, Anlagenbuchhaltung; Plankostenrechnung stichprobenhaft, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren (MACH)
Kapitel 08 05 Landesamt für Mess- und Eichwesen	Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren (MACH)
Kapitel 08 06 Landesbetrieb Mobilität	Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung (SAP-Module)
Kapitel 08 51 - 08 56 Dienstleistungszentren Ländlicher Raum	Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren
Kapitel 09 05 Universität Mainz	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung; Einrichtung von Kostenträgern und Leistungsverrechnern (MACH, IBM Cognos) Ermittlung von Gemeinkostenzuschlagssätzen auf Kostenstellen, Ausdifferenzierung nach Kostenträgern für 2011 angestrebt, Beschluss eines Pilotversuchs zur Zeitaufschreibung
Kapitel 09 06 Universität Trier	Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung (HIS)
Kapitel 09 07 TU Kaiserslautern	Implementierung einer Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung (MACH, HIS)
Kapitel 09 09 Universität Koblenz-Landau	Überarbeiteter Kostenstellenplan wurde zum Jahreswechsel 2009/2010 eingeführt; es wird auf Kostenarten und Kostenstellen gebucht, weitere Kostenträger sollen definiert werden (HIS). Es wird die Einführung der neuen Softwaregeneration HISinOne angestrebt: Umsetzung des Berichtswesens Ende 2011, Umsetzung der KLR bis 2013, Migration der Systeme für das Ressourcenmanagement bis 2015
Kapitel 09 11 Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer	Fortentwicklung und Verfeinerung der Kostenrechnung, Ermittlung von Kennzahlen für die Bewertung wissenschaftlicher Leistungen, Prüfung der Beschaffung einer Kostenrechnungssoftware sowie Einführung einer Ergebnissoftware (Irm@, Microsoft-Excel und Access)
Kapitel 09 61 FH Bingen	Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung ist in Planung (HIS)

Kapitel 09 62 FH Kaiserslautern	Beginn 01/2010 für die Einführung der Vollkostenrechnung (HIS), Erstellung von KLR-Auswertungen sowie Ermittlung von Gemeinkostensätzen
Kapitel 09 64 FH Ludwigshafen	Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, Etablierung eines Berichtswesens (HIS)
Kapitel 09 65 FH Mainz	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung (HIS)
Kapitel 09 66 FH Trier	Überarbeitung der Kostenarten und Kostenstellen ist erfolgt, aktuelle Überarbeitung der Inventarstammdaten, Entwicklung einer Kostenträgerhierarchie (HIS)
Kapitel 09 67 FH Worms	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung (HIS), Umsetzung der Trennungsrechnung u. Berechnung von Overheadsätzen, Weiterentwicklung des Berichtswesens u. die verursachungsgerechte Verteilung von Kosten
Kapitel 14 10 Landesforsten Rheinland-Pfalz	Echtbetrieb, Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung auf Vollkostenbasis (MACH)
Kapitel 14 85 Landesuntersuchungsamt	Vollkostenrechnung im Fachbereich Tiermedizin mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung inkl. Zeitaufschreibung; Ausbau der KLR auf weitere Organisationseinheiten folgt (MACH)
Kapitel 20 02 Staatsbäder	Kaufmännische Buchführung im Produktivbetrieb mit KLR seit 2006 (Systema)

Mittel der Titelgruppen 71 und 91 (DHV Speyer: TG 92) in der Sonderrechnung (Selbstbewirtschaftungsmittel)

Hochschule	Kapitel	Konto Nr.	Stand 31.12.2000	Stand 31.12.2001	Stand 31.12.2002	Stand 31.12.2003	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2005	Stand 31.12.2006	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2011
Uni Mainz		8500	17.995.717,00 €	10.082.461,00 €	4.089.323,00 €	6.170.892,00 €	6.153.956,77 €							
Uni Mainz (Globalhaushalt)	09 05	8500						Einführung Globalhaushalt						
Uni Trier	09 06	8700	2.619.686,00 €	2.326.998,00 €	1.692.464,00 €	1.478.377,00 €	1.478.064,26 €	4.639.692,34 €	9.494.357,11 €	Einführung Globalhaushalt				
Uni Kaiserslautern	09 07	8600	7.190.430,00 €	6.876.997,00 €	5.815.968,00 €	3.536.973,00 €	2.939.818,85 €	3.015.155,70 €	5.873.710,62 €	Einführung Globalhaushalt				
Uni Koblenz-Landau	09 09	8800	3.038.289,00 €	3.683.142,00 €	3.155.150,00 €	3.335.330,00 €	3.350.573,94 €	3.350.573,94 €	3.350.573,94 €	7.449.336,72 €	9.090.902,19 €	7.797.440,05 €	5.538.606,02 €	5.538.606,02 €
DHV Speyer	09 10	9900										417.598,81 €	403.792,05 €	475.526,67 €
Uni Trier ZPID	09 14	8900												99.487,88 €
FH Bingen	09 61	9200	868.237,00 €	1.188.996,00 €	1.006.956,00 €	1.166.148,00 €	1.231.157,16 €	802.852,52 €	411.675,30 €	586.446,34 €	1.803.205,40 €	2.139.733,39 €	2.601.603,25 €	3.242.584,31 €
FH Kaiserslautern	09 62	9300	664.146,00 €	2.442.180,00 €	2.652.100,00 €	3.194.094,00 €	3.733.497,17 €	4.129.000,90 €	4.770.522,12 €	Einführung Globalhaushalt				
Standort Zweibrücken			662.952,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €					
Standort Pirmasens			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €					
FH Koblenz	09 63	9400	1.402.988,00 €	1.637.924,00 €	1.432.427,00 €	1.424.888,00 €	1.047.482,03 €	1.047.482,03 €	2.049.006,21 €	2.605.731,71 €	2.580.492,35 €	2.118.575,90 €	1.795.420,97 €	2.010.017,75 €
FH Ludwigshafen	09 64	9500	667.197,00 €	701.064,00 €	122.082,00 €	2.971,00 €	0,00 €	0,00 €	574.391,20 €	999.981,83 €	827.246,38 €	864.923,73 €	1.463.065,42 €	1.463.065,42 €
FH Mainz	09 65	9600	762.964,00 €	964.189,00 €	206.536,00 €	715.869,00 €	717.960,13 €	1.274.321,85 €	2.908.400,27 €	Einführung Globalhaushalt				
FH Trier	09 66	9700	1.906.841,00 €	1.783.369,00 €	1.626.867,00 €	1.744.954,00 €	1.421.488,55 €	1.864.301,19 €	2.089.458,99 €	2.507.227,35 €	3.032.668,83 €	2.732.321,35 €	2.849.974,10 €	2.922.583,32 €
Standort Birkenfeld			141.586,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €					
FH Worms	09 67	9800	900.619,00 €	595.012,00 €	766.185,00 €	528.595,00 €	473.713,90 €	816.104,69 €	1.706.757,81 €	2.298.552,53 €	3.229.718,41 €	3.358.491,33 €	3.378.792,76 €	3.378.792,76 €
Summe:			38.821.602,00 €	32.282.332,00 €	22.566.058,00 €	23.299.091,00 €	22.547.712,76 €	20.939.485,16 €	33.228.853,57 €	16.447.276,48 €	20.564.233,56 €	19.429.084,56 €	18.031.254,57 €	19.130.664,13 €

